

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12 M., im voraus zahlbar. Für Verträge nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband besogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Ost- u. Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 16 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 64.

Die schlagwortreiche Komparsenliste über deren Raum höher 2.- M. einschließlich Erzeugnisse. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Erzeugnisse. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die alldeutschen Geschichtslügen

Doppelte Buchführung der kaiserlichen Diplomaten

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

München, 2. August.

Die „Süddeutschen Monatshefte“ stellen in ihrem Juliheft unter dem Titel „Der große Betrug“ aufs neue die Behauptung auf, daß der von Kurt Eisner im November 1918 im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte Auszug aus dem bayerischen Gesandtschaftsbericht vom 16. Juli 1914 eine Fälschung sei, auf die das ganze Elend des Versailler Friedensvertrages zurückzuführen wäre.

Seidem Eisner tot ist, wird seinem früheren Sekretär, dem Genossen Fehrenbach, diese angebliche Fälschung unter Berufung auf die Zeugenschaft der Witwe Eisners untergeschoben. Ein Blatt der kaiserlichen bayerischen Volkspartei nimmt die Veröffentlichung der „Süddeutschen Monatshefte“ zum Anlaß, unverblümt zur Ermordung des Genossen Fehrenbach aufzufordern. Es schreibt:

„Eisner ist tot, aber der Jude Fehrenbach läßt noch auf seinen Platz irgendwo in der Welt herum; und die ganze Rache Eisners und Fehrenbachs war bezahlte Arbeit im Interesse des Feindbundes. Und für den Juden Fehrenbach ist in Deutschland kein Galgen hoch genug, um diese Schurkentat zu fällen.“

Die ganze reaktionäre Presse Münchens hat die in den „Süddeutschen Monatsheften“ aufgestellte Behauptung einer Fälschung übernommen, sie ist auch in einem Teil der übrigen Presse Deutschlands verbreitet worden. Die Münchener „Morgenpost“, unser Parteiorgan, hat sich eingehend mit vielen Berleumdungen befaßt und nachgewiesen, daß von einer Fälschung keine Rede sein kann. Sie hat den bayerischen Gesandtschaftsbericht noch einmal im Wortlaut veröffentlicht. Genosse Fehrenbach und die Witwe Eisners erklären in der Presse kategorisch, daß eine Fälschung überhaupt nicht vorliegt, und daß Frau Eisner niemals eine Umkehrung getan habe, woraus entnommen werden kann, daß Fehrenbach den Gesandtschaftsbericht gefälscht habe. Genosse Fehrenbach kündigt außerdem an, daß er den Verleumdern vor Gericht Gelegenheit geben werde, ihre Behauptungen zu beweisen.

Kunmehr veröffentlicht die „Münchener Neuesten Nachrichten“, um sich den Anschein der Objektivität zu geben, in ihrer Nr. 320 vom 2. 8. ebenfalls den Wortlaut des Gesandtschaftsberichtes. Sie merken dabei nicht, daß dieser Bericht die schärfste Anklage gegen die verbrecherisch leichtfertige deutsche Kriegspolitik darstellt.

Die Münchener „Morgenpost“ hat in ihrer Nr. 40 vom 2. 8. die vollen und scheinbaren Widersprüche in dem bayerischen Gesandtschaftsbericht vom 16. Juli 1914, der von dem Vertreter des damals nicht ohne Abßicht beurlaubten bayerischen Gesandten Grafen Leerscheld, den Legationsrat von Schoen, unterzeichnet war, folgendermaßen aufgedeckt:

„Wir wissen, daß es im diplomatischen Dienst in Deutschland üblich war, einen doppelten Schriftverkehr zu führen. Der eine war ein letzterer (geheimer), der nur zu privaten Informationen des verantwortlichen Ministers — im Falle Bayerns

erns des Ministerpräsidenten von Hertling —, diente, und der den Beamten und Referenten des Außenministeriums nicht zugänglich war. In diesen privaten Berichten wurde die politische Lage wahrheitsgetreu und freier und offener dargestellt. Diese Berichte durften nur eigenhändig vom Ministerpräsidenten behandelt und erledigt werden. Daneben lief ein offizieller Bericht, der die laufende Nummer trug und den zuständigen Referenten zugänglich war. Diese Berichte wurden so abgefaßt, daß sie gegebenenfalls der Öffentlichkeit übergeben werden konnten. Sie enthielten die Lügen für die Öffentlichkeit.“

In dem Gesandtschaftsbericht des Herrn von Schoen, den die „Süddeutschen Monatshefte“ einen „jungen, unbekanntem Diplomaten“ nennen, ist der offizielle und der private Bericht zusammengeworfen. Als „junger, unerfahrener Diplomat“ hatte er anscheinend keine Kenntnis der Verfügungen der doppelten Buchführung im diplomatischen Dienst. Daher kommt es, daß in diesem Gesandtschaftsbericht an einer Stelle die Rede von der „Lokalisierung“ des serbisch-österreichischen Konflikts, und an einer anderen Stelle von der Unterstützung jedes österreichischen Vorgehens, selbst auf die Gefahr eines europäischen Krieges hin, die Rede ist.

Die „Lokalisierung“ des Konfliktes war die für die Öffentlichkeit bestimmte Lüge, und der ins Auge gefaßte europäische Krieg, die für Herrn Hertling bestimmte private Information des preußisch-deutschen Generalstabes.“

Zum Schluß erhebt die „Münchener Morgenpost“ die Forderung nach Veröffentlichung der Akten des preußischen Generalstabes, weil ohne diese Akten die Schuldfragen nicht restlos geklärt werden können.

Die ganze Hege der bayerischen Lügenpresse ist nur eine neue Art des Kampfes der bayerischen Konterrevolution und deshalb muß ihr nicht nur in Bayern, sondern auch im übrigen Deutschland mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Die Veröffentlichung unseres Münchener Parteiblattes verdient die aufmerksamste Beachtung, denn sie bietet einen wertvollen Beitrag zu den bisherigen Publikationen zur Kriegsschuldfrage und deckt die lügenhafte Praxis der kaiserlichen Diplomatie mit ihrer doppelten Buchführung auf.

Von Bedeutung ist ferner, daß unser Münchener Parteiblatt, im Anschluß an die wieder aufgerollte Frage der Eisnerischen Publikationen, die Veröffentlichung der Akten des preußischen Generalstabes fordert. Wir haben schon wiederholt dieselbe Forderung aufgestellt und können nur erneuert mit allem Nachdruck wiederholen, daß vor der Veröffentlichung dieser Akten von einer restlosen Klärung der Kriegsschuldfrage nicht gesprochen werden kann. Sind schon die bisherigen Aktenansammlungen zur deutschen Kriegsschuld vernichtend für die Nachhaber des kaiserlichen Deutschland ausgefallen, so würde die Veröffentlichung der Akten des Generalstabes alle jene Lügen ausfüllen, die heute noch den deutschnationalen Geschichtsfälschern und ihren „demokratischen“ Helfershelfern die Möglichkeit geben, dem deutschen Volke Sand in die Augen zu streuen.

Leitfäden zur Agrarpolitik

Von Otto Bauer.

IV (Schluß *)

III. Gegen das Hypothekenskapital:

Vor dem Kriege hat sich das Hypothekenskapital den größten Teil des Ertrages der bäuerlichen Wirtschaft angeeignet und die Bauern auf einen bescheidenen Arbeitslohn beschränkt.

Der Krieg hat die Bauern von der Hypotheklast befreit. Aber die von den Bauern seit Kriegsbeginn angehäuften Kapitalien schrumpften mit der Geldentwertung zusammen; die hohen Kosten der Wiederherstellung der Wirtschaftsgebäude und der Erneuerung des lebenden und toten Inventars zehren sie auf. Daher wird die Verschuldung der Bauernschaft sehr bald von neuem einsehen. Der Boden wird wiederum bei jedem Besitzwechsel mit Rauffällungsresten, bei jedem Erbgang mit Abfindungsgeldern, bei jedem Notstand und jeder Melioration mit Schulden belastet werden.

Die Sozialdemokratie hat die Bauernschaft jetzt schon vor den Gefahren abermaliger Verschuldung zu warnen und zur Milderung dieser Gefahren insbesondere die folgenden Maßnahmen zu fordern:

1. Ausbau der Kreditgenossenschaften und der Lagerhausgenossenschaften, die die eingelagerten Agrarprodukte beschützen. Förderung des ländlichen Kreditwesens durch eine staatliche Genossenschaftsbank.

2. Verhütung der Belastung des Bodens mit Notstandshypotheken durch obligatorische Feuer-, Vieh- und Hagel-schlagversicherung; Ersetzung des Ausgebotes durch eine den besonderen Bedürfnissen der Bauernschaft angepaßte, von der Arbeiterversicherung getrennte Alters- und Invalidenversicherung; Krankenversicherung der Bauernschaft. Verhütung hypothekarischer Überlastung im Erbgang durch Verbreitung der Lebens-, Heirats- und Ausstattungsversicherung in der Bauernschaft.

3. Ausbau der Landeshypothekenbanken; Sicherung des erforderlichen Hypothekarkredits in der Form von auf Seite des Gläubigers unkündbaren, in längerem Zeitraum amortisierbaren Hypotheken.

D. Die Sozialisierung des Großgrundbesitzes.

Je schneller und je vollständiger es der Sozialdemokratie gelingt, einerseits das landwirtschaftliche Proletariat einschließlich der auf Lohnarbeit angewiesenen Häusler, Kleinbauern und Kleinpächter zu gewinnen, andererseits die großen und mittleren Bauern von ihrer kapitalistischen und reaktionären Führung zu befreien, desto eher, desto leichter, mit desto weniger Anwendung von Gewalt wird das Proletariat die politische Macht erobern, die Kapitalisten und Grundherren enteignen und die sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen können.

Die wichtigste Aufgabe der sozialdemokratischen Verberbeit auf dem Lande besteht darin, nicht nur das landwirtschaftliche Proletariat mit dem Willen zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu erfüllen, sondern auch den Bauern verständlich zu machen, daß die Sozialisierung des Kapitals und des Großgrundbesitzes auch ihren Interessen dienlich gemacht werden kann und soll.

I. Unser Kampf richtet sich gegen das kapitalistische und grundherrliche Ausbeutungseigentum, nicht gegen das bäuerliche Arbeitseigentum. Die Kapitalisten und die Grundherren wollen wir enteignen; den Bauern verbürgen wir, daß ihr Privateigentum am Grund und Boden nicht angetastet werden soll.

II. Die sozialisierten Zweige der Industrie (und ebenso des Handels, des Verkehrswesens, die Banken usw.) sollen nicht vom Staat bürokratisch verwaltet werden, sondern von gemeinschaftlichen Anstalten, die zusammengefaßt werden aus Vertretern der Arbeiter und Angestellten, die in den Betrieben dieser Anstalten arbeiten, und aus Vertretern der Arbeiter-Konsumgenossenschaften einerseits und der landwirtschaftlichen Genossenschaften andererseits. So wirken schon jetzt an der Verwaltung der bereits bestehenden gemeinwirtschaftlichen Anstalten mit den Vertretern der Betriebsräte und der Arbeiterkonsumvereine die Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaften zusammen und die Erzeugnisse dieser Anstalten werden unmittelbar durch die Arbeiterkonsumvereine auf der einen, durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften auf der anderen Seite an die Verbraucher abgegeben. (Beispiel: Vereinte Leder- und Schuhfabriken.) Die Sozialisierung der Industrie hat also auch die Aufgabe, die Industrie, die Erzeugnisse für den Bedarf des Volkvolkes erzeugt, unter die Mitkontrolle der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu stellen und die Erzeugnisse der sozialisierten Industrie unter Ausschaltung des Handelskapitals durch die Genossenschaften dem Volkvolk zuzuführen.

III. Den größten Teil des deutsch-österreichischen Großgrundbesitzes bilden die Forste. In der Forstwirtschaft tragen alle Aufwendungen erst nach sehr langer Zeit Früchte. Die Forstwirtschaft erfordert Wirtschaftspläne für sehr lange,

Der Reichskanzler über die wirtschaftliche und politische Lage

Eine Rede in Bremen

(M. T. B.) Bremen, 2. August.

In einer von etwa 5000 Menschen besuchten öffentlichen Versammlung, die von der Handelskammer Bremen einberufen war, sprach heute der Reichskanzler Wirth über die wirtschaftliche und politische Lage. In kurzen Begründungsworten drückte der Vizepräsident der Handelskammer, Nebelhan, die Freude aus, den süddeutschen Landes- und höchsten Beamten des Reichs in Bremen zu sehen, der durch sein Erscheinen das Interesse für die alte Hansestadt am Westertrom und damit für die kommerzielle Weltstellung Deutschlands befestigt.

Hierauf ergriff der Reichskanzler das Wort zu folgenden Ausführungen: Ich will keine Rede der Resignation, sondern der Ermunterung halten. Die Lösung heißt: Durch Arbeit zur Freiheit. Es handelt sich nicht um vergangene Illusionen der Macht, sondern um die Ueberzeugung, daß der Kern der Weltgeschichte ein moralischer ist. Bremen muß der Ausgangspunkt auch für die Befreiung des Welthandels sein. Dieses Wiedererwachen ist nur möglich unter dem Gedanken des Rechtes, nicht unter dem Gedanken der Macht. Wohin der Machtgedanke führt, zeigt das traurige Schauspiel Oberschlesiens. Jede Stimme des Rechts begrüßen wir mit Dank, ob sie von jenseits des Ozeans oder von jenseits des Kanals zu uns herüberkommt.

Mit Dankbarkeit hören wir, daß aus dem Munde fremder Staatsmänner der Gedanke von Glück und Wohlfahrt der Völker wieder einmal öffentlich zum Ausdruck kommt. Es wäre eine Sabotage des großen demokratischen Ideals der Welt, wenn nicht das Recht, sondern die Diktatur Korsantus in Oberschlesien zur Geltung käme. Als Mächte moralischer Natur rufen mit eherner Stimme in die Welt hinaus: Licht den Gedanken der Selbstbestimmung der Völker, der Demokratie und der Freiheit, wenn ihr das unglückliche Europa nicht endgültig dem Untergang weihen wollt. Sieben Jahre sind dahingegangen seit der Un-glücksstunde jenes ersten Ultimatum. Soll das neue Ultimatum neue Zerstörung über Europa bringen? Europa kann nicht noch

einmal durch neuen Wirrwarr hindurchgeführt werden. Todes-schatten lagern über dem Kontinent, der der Bringer des Lichtes und der Freiheit für die ganze Welt sein müßte. Leider regieren in Warschau politische Leidenschaft und grenzenloser Hochmut, der die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen will. Bremen war einer der Orte, von denen die deutsche Kultur und deutsche Arbeit in die Länder des Ostens getragen wurden. Deutsche Kultur, deutsche Zivilisation und deutsche soziale Wohlfahrtsleistungen stehen in Oberschlesien auf dem Spiel. Oberschlesien hat unter der deutschen demokratischen Freiheit andere Tage gehabt als unter der Herrschaft polnischer Nationalisten. Bremens Arbeiterschaft und Kaufmannschaft muß zusammenstehen mit der Reichsregierung in der Verteidigung der großen und einheitlichen Richtlinien der Reichspolitik, die geklärt sind

von dem Gedanken der Erfüllung unserer Verpflichtungen gegen das Ausland.

geleitet von dem großen Gedanken der Arbeit, des Rechtes und der sozialen Wohlfahrt. Das Vertrauen Deutschlands, daß mit ihm ein faires Spiel getrieben wird, das Vertrauen in die europäische Solidarität, das gemeinsame Interesse aller Völker an der Freiheit und Demokratie darf nicht enttäuscht werden.

Liebe Volksgenossen, das deutsche Volk weiß von vergangenem Glück und Wohlfahrt zu erzählen. Waren es nicht glückliche Tage, wo die Welt auch in Bremen in Frieden ihren Geschäften nachgehen und den Werken der Wohlfahrt und des sozialen Gedankens leben konnte? Wenn wir heute das Wort Glück und Wohlfahrt auf die Lippen nehmen, so tun wir es in dem Gefühl, Glück und Wohlfahrt verloren zu haben. Das große Weltgeschick hat diesen Friedensgedanken verschüttet und allein den Machtgedanken zur Geltung gebracht. Wir sprechen von Glück und Wohlfahrt, weil dieses Land der Sehnsucht hinter uns liegt. Aber wenn drüben heute von Glück und Wohlfahrt gesprochen wird, so frage ich Sie, ob seit dem Waffenstillstand, der dem deutschen Volke die Waffen genommen hat, dieses Ziel, die Wohlfahrt und das Glück der Völker zu erneuern, wirklich das Ziel der führenden Männer gewesen ist? Schauen Sie hin auf die Politik der letzten drei Jahre, auf die Politik der letzten Monate.

Bei Redaktionsschluß lag der Schluß der Rede noch nicht vor.

*) Siehe „Freiheit“ Nr. 349, 451 und 355.

mehrere Generationen umfassende Zeiträume. Daher gerät in der Forstwirtschaft das Privatinteresse des Eigentümers an höchstmöglicher Rentabilität in der Gegenwart in Widerspruch mit dem Produktionsinteresse, das gegenwärtige Opfer zur Erlangung erst nach Jahrzehnten reisender Früchte erfordert. Darum verlangen wir die Verstaatlichung des gesamten großen Forstbesitzes; die staatliche Forstverwaltung ist zu entbureaucratisieren, Vertretungen der Forstbeamten und der Forstarbeiter, der bäuerlichen Genossenschaften und der städtischen Holzverbraucher haben an ihr mitzuwirken; die Verwaltung der sozialisierten Holzindustrie ist mit ihr eng zu verbinden.

IV. Deutscher Reich hat nur wenig landwirtschaftliche Großbetriebe. Die Aufteilung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes auf Bauern und Häusler würde den bäuerlichen Besitz nur um sehr kleine Bodenflächen vergrößern, aber sie würde Betriebe zerstören, die als Träger des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft und als Grundlagen der Lebensmittelversorgung der Städte unentbehrlich sind. Der landwirtschaftliche Großgrundbesitz ist zu enteignen, aber in der Regel nicht auf Bauern und Häusler aufzuteilen, sondern zu folgenden Zwecken zu verwenden:

1. Geeignete Güter sind den Agrarbehörden zu übergeben und von ihnen in Verbindung mit landwirtschaftlichen Unterrichtsanstalten als Muster- und Versuchsgüter zu betreiben.

2. Geeignete Güter sind Bezirken und Kreisen zuzuteilen, die auf ihnen Heimstätten für die landwirtschaftlichen Arbeiter zwecks Heimführung der Landflucht und zur zweckmäßigen Lösung der Wohnungsfrage des landwirtschaftlichen Proletariats zu errichten haben.

3. Geeignete Güter sind landwirtschaftlichen Genossenschaften und Agrargemeinschaften zu übergeben, die sie zur Rassenzucht, zur Vergrößerung bestehender oder zur Schaffung neuer Almen, zur Schaffung von Weideland für Kleinbauern und Häusler zu verwenden haben.

4. Die mit landwirtschaftlichen Industrien (Zucker-, Spiritus-, Brauindustrie) verbundenen oder zweckmäßigerweise zu verbindenden Güter sind den gemeinwirtschaftlichen Anstalten, die diese zu sozialisierenden Industriezweigen verwerten werden, zu übertragen.

5. Die übrigen Großbetriebe sind an Städte, Bezirke und Konsumgenossenschaften zu verpachten und zur Organisation der Lebensmittelversorgung der städtischen und industriellen Bevölkerung zu verwerten.

Die Verwaltung aller dieser sozialisierten Betriebe erfolgt unter Mitwirkung der Betriebsräte, der Güterbeamten und landwirtschaftlichen Arbeiter und der Genossenschaften der benachbarten Bauernschaft.

V. Die Aufteilung des enteigneten Großgrundbesitzes auf Bauern, Pächter und Häusler hat nur in den Fällen zu erfolgen, in denen der Boden im Kleinbetrieb rationeller bewirtschaftet werden kann, als im Großbetrieb. So im Weinbau; dann im Gebirge, wo nur der Uebergang zum Kleinbetrieb den Uebergang zu intensiverer Kultur — von Wald- und Weidewirtschaft zum Ackerbau — ermöglicht, jedoch nur dann, wenn der Ackerbau in dieser Lage noch rationell ist. Auch Auenerschläge, die von den sozialisierten Gütern aus nicht rationell bewirtschaftet werden können, sind zur Schaffung neuer oder zur Vergrößerung bestehender Bauernwirtschaften und Häusleranwesen zu verwenden.

In allen diesen Fällen wird der enteignete Boden in Partellen geteilt und an Kleinbauern und landwirtschaftliche Arbeiter vergeben. Die anquieszierenden Bauern und Arbeiter werden jedoch nicht Eigentümer des Bodens, sondern Erbpächter. War der Boden schon bisher verpachtet, so wird die Zeitpacht in Erbpacht verwandelt. Der Erbpächter hat ein unerbliches vererbliches Recht an dem Boden; er kann nur durch gerichtliches Urteil wegen schuldhafter Miswirtschaft abgestuft werden. Der Pachtzins wird von zehn zu zehn Jahren durch besondere Einigungsämter je nach der Höhe des Ertrages neu bemessen.

E. Die Organisation des Kampfes.

Zur Förderung des Kampfes um die Erreichung dieser Ziele wird beschlossen:

I. Der Parteivorstand hat

1. für die Vereinheitlichung und Uebereinstimmung der Agrarpolitik der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen Sorge zu tragen;

2. die Weiterbildung auf dem Lande durch die Ausgabe einer agrarpolitischen Korrespondenz für die Parteipresse zu fördern;

3. die Ausbildung von Genossen, die in der Landagitation tätig sein sollen, durch Ausgabe eines ausführlichen gemeinverständlichen Kommentars zu diesen Leitfragen und durch Veranstaltung von besonderen Kursen zur Heranbildung von Landagitatoren zu fördern.

II. Die Landes-, Kreis- und Bezirksorganisationen haben

1. der Ausbreitung der Parteioorganisationen auf die Dörfer und Gutshöfe die erforderliche Aufmerksamkeit zuzuwenden;

2. den Rechtschutz für das Landvolk zu organisieren;

3. das landwirtschaftliche Proletariat, einschließlich der Häusler, Kleinbauern und Kleinpächter, zum Kampf um die Eroberung der noch von den Großbauern beherrschten Gemeinden und landwirtschaftlichen Genossenschaften anzuleiten;

4. Beratungsstellen für die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in den Dorfgemeinden zu errichten.

III. Alle Organisationen sind verpflichtet, den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation der Land- und Forstarbeiter tatkräftig zu unterstützen.

IV. Die Landes- und Kreisorganisationen haben die Einbeziehung des Landvolkes in die Konsumgenossenschaften anzukämpfen.

Dieses Ziel kann um so eher erreicht werden, als die agrarischen Parteien infolge ihrer Abhängigkeit von den Händlern die Organisation landwirtschaftlicher Einkaufsgenossenschaften vernachlässigen; es steht jedoch voraus, daß die Konsumgenossenschaften auch landwirtschaftliche Produktionsmittel, Saatgut, Kunstdünger usw. vertreiben. Ueber diesen Ausbau der Konsumgenossenschaften ist mit dem Zentralverband der Konsumvereine das Einvernehmen zu pflegen.

Erforderlichenfalls können die Häusler, Kleinpächter und Kleinbauern auch zu Kredit-, Pacht-, Maschinen- und bergleichen zusammengefaßt werden. Da aber dem landwirtschaftlichen Proletariat genossenschaftliche Erfahrung noch fehlt, darf dies immer nur unter der Leitung erfahrener Genossenschaftler geschehen.

Das Vertrauensvotum des italienischen Senats, wurde mit 146 gegen 17 Stimmen bei 21 Stimmenthaltungen angenommen. Infolge eines Uebereinstimmungsfehlers war das Stimmentverhältnis in der ersten Meldung in unserer gestrigen Abendausgabe unrichtig angegeben.

Der feste Wille

Die Durchsicherung des Umlageverfahrens

Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird uns geschrieben:

In ihrer Sonnabendnummer bringt die „Freiheit“ die Nachricht, daß wegen des Widerstandes agrarischer Organisationen gegen die Umlage am Freitag im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine interne Besprechung mit den Vertretern landwirtschaftlicher Organisationen stattgefunden habe, die mit der Annahme verschiedener Beschlüsse bezüglich der Getreideernte geschlossen habe. Am Freitag hat auf dem Reichsernährungsministerium lediglich eine Besprechung mit den Ländern und landwirtschaftlichen Organisationen über die infolge der trockenen Witterung entstandene Futtermittelnot stattgefunden. Die Ergebnisse dieser Besprechung sind der Öffentlichkeit unzugänglich gemacht worden, befaßt sich jedoch nicht mit der Getreideumlage, über die das Reichsernährungsministerium mit den landwirtschaftlichen Organisationen im Juli überhaupt nicht verhandelt hat. Wenn die „Freiheit“ verlangt, daß die Öffentlichkeit darüber unterrichtet werde, wenn das Reichsministerium die Absicht habe, die von den beteiligten Körperschaften beschlossenen Gelehe aus eigenem Ermessen außer Kraft zu setzen, so kann darauf nur erwidert werden, daß eine solche Absicht selbstverständlich nicht besteht, vielmehr der feste Wille vorliegt, das Gesetz und die Umlage zur Durchführung zu bringen. Im übrigen wird im Hinblick auf die mannigfachen aus einzelnen Gegenden an die verschiedenen Behörden gelangten Vorstellungen über die Unmöglichkeit, die Getreideumlage zu erfüllen, im einzelnen eine Nachprüfung durch die zuständigen Behörden der Länder stattzufinden; dabei wird davon ausgegangen werden müssen, daß auch dort, wo die Landwirtschaft durch die Getreideumlage in härterem Maße belastet wird, von einer Unmöglichkeit der Erfüllung nicht gesprochen werden kann. Es ist unbedingt notwendig, daß auch in der Landwirtschaft sich diese Einsicht allgemein durchsetzt und daß alle Landwirte mit der Ableistung sofort beginnen und die ersten Raten zu dem festgelegten Zeitpunkt erfüllen.

Durch diese Zuschrift wird nur das bestätigt, was wir in unserer Notiz angedeutet hatten. Der „feste Wille“, den das Reichsernährungsministerium bei der Durchführung des Umlageverfahrens aufbringen will, besteht darin, daß es den Agrariern weitgehende Möglichkeiten eröffnet, sich der Ablieferung zu entziehen. Wer findet denn die zuständigen Behörden der Länder, die die Nachprüfung der Beschwerden vornehmen sollen? Es sind, wie die Erfahrung gelehrt hat, Organe, denen die Interessen der Agrarier näher stehen als die Interessen der minderbemittelten Verbraucher, also der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung. Aus dem zweiten Teile der Zuschrift des Ministeriums ist deutlich zu erkennen, daß schon jetzt, kaum daß es in Kraft getreten ist, das Umlageverfahren durchlöcherig werden soll. Das ist erst der Anfang; wird den Agrariern hierbei schon nachgegeben, so werden sie immer unerschämtere Forderungen stellen.

Gemütsathleten

Durch die ganze Welt geht eine Welle tief menschlichen Mitleids mit den von der Hungerkatastrophe betroffenen russischen Bauern, denen in erster Linie die Arbeiter in allen Ländern zu Hilfe eilen. Die „Deutsche Tageszeitung“ jedoch, das führende deutsche Agrarierblatt, das angeblich auch die Interessen der kleinen Bauern vertritt, schreibt:

„Rusland kann nicht mit Lebensmitteln und Medikamenten, sondern nur mit Kanonen geholfen werden. Warum haben England und Frankreich die bürgerlich-russischen Truppen, die im Norden, Süden und Westen mit verweifeltem Mut seit Jahren gegen die Seuche anrennen, von der ihr Vaterland befallen ist, nicht rechtzeitig wirksam unterstützt, sondern immer nur so getan, als ob sie helfen wollten, und dann im entscheidenden Augenblick die helfende Hand zurückgezogen und die Armeen in Hunger und Not verkommen lassen?“

Deutlicher hat sich noch nie der Zynismus und die Barbarei jener Herrschaften offenbart, die sich als die einzigen Vertreter der „wahren“ Menschlichkeit und des „wahren“ Christentums ausgeben. In einem Augenblick, wo selbst bürgerliche Kreise in Deutschland sich der Einsicht nicht verschließen können, daß eine umfassende Unterstützung der hungernden und von Seuchen ergriffenen Millionen in Rußland nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit ist, sondern auch im Interesse der deutschen Politik liegt, sucht das Agrarierblatt diese Aktion zu verhindern und predigt nicht Hilfe den Hungernden, sondern Entfesselung eines neuen blutigen Bürgerkrieges mit Hilfe des westeuropäischen Imperialismus.

Neu ist allerdings diese Einstellung nicht. Als die deutschen nationalen Katastrophepolitiker auf der Höhe ihrer Macht zu stehen glaubten und nach dem Abschluß des Schandfriedens von Brest-Litowsk ein Gebiet nach dem anderen aus dem Körper des russischen Reiches herausrissen, handelten sie nach jenem Rezept, das heute von der „Deutschen Tageszeitung“ propagiert wird. Aber die „Kanonen“, mit denen damals der deutsche Imperialismus die russische monarchistische Reaktion auf die Beine zu bringen suchte, haben ebensowenig Erfolg gehabt, wie die zahllosen militärischen Expeditionen, mit denen die französischen und englischen Imperialisten zwei Jahre lang den weißgardistischen Generalen in Rußland zu Hilfe kamen.

Wir können nicht glauben, daß der „Deutschen Tageszeitung“ diese einfachen Tatsachen unbekannt sind. Das Agrarierblatt spielt bewußt mit gefälschten Karten, denn nur mit solchen Mitteln glaubt sie bei dem Massenunglück, das das russische Volk heimgesucht hat, ein politisches Geschäft machen zu können.

Das rechtssozialistische Parteiprogramm

Ein Stichwörterverzeichnis für den Papierkorb

Die Artikel des rechtssozialistischen Parteiprogrammwurfs nehmen unter dem Rechtssozialismus selbst kein Ende. In der „Glocke“ heißt nun auch Hermann Wendel dieses armselige Erzeugnis der Programmkommission. Er sagt, es sei überhaupt kein Parteiprogramm, sondern „ein ermüdendes Stichwörterverzeichnis für alle Felder sozialistischer Betätigung“. Die einzelnen Stücke hingen lose, leblos und ohne innere Verbindung aneinander und wiesen zudem noch große Unterschiede auf.

Während die einen keinen Strahlhalm liegen lassen, wirklichen die anderen recht oben hin. So belehrt uns der Entwurf mit echt deutscher Gründlichkeit, daß wir die „unentgeltliche, würdige und gleichartige Totenbestattung in der Form der Beerdigung oder Einäscherung nach erfolgter Totenschau“ schon innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft verlangen, aber über die Erziehung der Lebenden erfahren wir sowohl unter Kulturpolitik als auch unter Kommunalpolitik verzeiwelt wenig . . .

Daß ein Programm, das scharfe Begriffsbestimmung verlangt, nach Möglichkeit das Wort „Arbeiterklasse“ vermeidet und sich statt dessen pernm mit „arbeitendem Volk“, „werkstätigen Volk“, „wertstätiger Bevölkerung“ behilft und sich über den Klassenkampf überhaupt auszuspricht, das weist auf jeden Fall den recht peinlichen Eindruck als schone neuerliche Staatsmännliche Weisheit die alten Lösungen aus der Zeit, da die Sozialdemokratie sich noch als revolutionäre Proletarierpartei fühlte und man laun es Georg Bernhard wahrhaftig nicht verdenken, wenn er aus diesem Dokument den trotz allem hoffentlich falschen Schluß zieht, die Sozialdemokratie ist zu einer reformistischen Kleinbürgerpartei geworden.“

Zum Schluß betont Wendel, daß die hinter der Sozialdemokratie stehenden Massen nach links und nicht nach rechts drängen und daß man sich daher am besten in Görlich mit dem „unzulänglichen und unzeitgemäßen Papier“ nicht erst abgeben, sondern „mit dem höflichen Schweigen, das seinen Verfassern als manniach verdienten Parteigenossen gebührt, in den großen Papierkorb werfen.“

Leider ist mit dieser Verfertigung in den Papierkorb nicht auch der Geist ausgerottet, dem dieses „unzulängliche und unzeitgemäße Papier“ entsprungen ist. Dieser Geist scheint uns vielmehr sich weiter einer hohen Lebendigkeit zu erfreuen, denn der Geist, der dem Programmwurf Leben gab, hat die gesamte rechtssozialistische Politik bestimmt und bestimmt sie noch heute, auch wenn der Programmwurf zurückgezogen werden sollte.

Das Gefängnis

In der neuesten Nummer der kommunistischen Zeitschrift „Unser Weg“ lesen wir:

„Die Genossen Richard Müller, Heinrich Malzahn und Bernhard Düwelle haben der Parteipresse polemische Artikel zur Parteidiskussion eingereicht. Diese Artikel wurden zurückgewiesen.“

Bei Beginn der Parteidiskussion nahm der Redakteur der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ in Frankfurt Stellung gegen die Zentrale. Er wurde aus der Redaktion entlassen, um in der Presse keine Opposition treiben zu lassen. Die „Sozialistische Republik“, unser Parteiorgan in Köln, erhob Einspruch gegen die Maßnahmen der Zentrale gegen die Opposition. Die Folge war eine Sänderung der Redaktion, die mit zuverlässigen Zentralanhängern belegt wurde.

Der Genosse Schäffer, Redakteur der „Vergilischen Volksstimme“, des Parteiorgans in Remscheid, polemisierte gegen den herkömmlichen „Dynamit“-Artikel der „Roten Fahne“. Die Zentrale verfügte daraufhin seine Entlassung.“

Weiter wird von einer Versammlung der Berliner Funktionäre berichtet, die von 2000 Personen besucht war und das bekannte Telegramm nach Moskau richtete, welches den Ausschluß aller Opportunisten forderte. Die Veranstaltung und das Telegramm waren bestellte Arbeit, die Funktionäre wurden, siebenmal geliebt, ein „oppositioneller Redner“ wurde heinake gelangt und selbstverständlich wurde ihm das Wort entzogen.“ Im Anschluß an diese Tatsachen wird in der Zeitschrift die Frage aufgeworfen: „Ist das nicht Pogromstimmung? Ist das nicht die verpestete Luft eines Gefängnisses, in das kein frischer Windzug kommen darf? Sind das nicht die patentierten Methoden der Schwarzen Hundert?“

Wir können da immer wieder nur daran erinnern, daß wir erst vor einem Jahre die Entwicklung so vorausgesehen, wie sie sich jetzt vollzieht. Um wieviel besser stünde es heute mit der revolutionären Bewegung in Deutschland, wenn auch Paul Levi vor einem Jahre schon so schlau gewesen wäre, wie er es heute ist.

Das jugoslawische Ausnahme-Gesetz

Belgrad, 2. August.

Die Nationalversammlung nahm mit 190 gegen 54 Stimmen das Gesetz über den Schutz des Staates und der öffentlichen Ordnung an. Die Kommunisten, Sozialisten und die Republikaner sowie die Mitglieder des jugoslawischen Komitees stimmten gegen die Vorlage.

Zur Tagung des Obersten Rats

III. Paris, 2. August.

Die offiziellen Einladungen zur Teilnahme an der Tagung des Obersten Rates in Paris am 8. August sind noch nicht abgegangen. Es ist wahrscheinlich, daß Irland, der gestern abend nach Paris zurückgekehrt ist, sie heute unterzeichnet wird. Die amerikanische Regierung wird ebenfalls eingeladen werden. Der amerikanische Botschafter in London wird aller Voraussicht nach als persönlicher Vertreter des Präsidenten Harding an der Tagung teilnehmen. Belgien wird zur Besprechung der Frage der Kriegsschuldigen eingeladen werden. Die Einzelheiten des Programms der Tagung stehen noch nicht fest.

Der gemeinsame Schrift in Berlin

III. Paris, 2. August.

Man berichtet, daß der Schrift der Alliierten in Berlin gestern nicht ausgeführt werden konnte, weil der italienische Botschafter in Berlin noch keine Instruktionen erhalten hatte.

Die deutschen Kohlenlieferungen

EE. Paris, 2. August.

Die Reparationskommission hat bezgl. der deutschen Kohlenlieferungen den Grundlag festgelegt, daß die Alliierten das Recht haben sollen, die hochwertigen deutschen Kohlen in demselben Maße zu beziehen, wie sie die Deutschen für ihre eigenen Zwecke benutzen. Den Alliierten wird außerdem das Recht zugesprochen, einen Kohlen austausch vorzunehmen, wenn die Kohlenqualitäten geliefert werden, die sie nicht benötigen. Der Kohlendienst im Ministerium für öffentliche Arbeiten beschließt sich auch seit langem damit, die Rechtsbeziehungen zwischen den französischen Verbrauchern und dem deutschen Kohlendienst herzustellen. Es soll eine Konferenz der französischen Verbrauchergruppen mit dem deutschen Kohlendienst stattfinden. Eine Note des Ministeriums für öffentliche Arbeiten erklärt, daß viele Beziehungen unter der Kontrolle des Kohlenbureaus ermutigt werden sollen, was schon deshalb notwendig sei, um Höherangebote zu vermeiden und den verschiedenen Verbrauchern gleiche Behandlung sicherzustellen.

Großer Waldbrand in den Vogesen

Die „Saarbrücker Zeitung“ meldet aus Mühlhausen, daß ein gewaltiger Waldbrand in den Vogesen ausgebrochen ist. Der Waldbrand erstreckt sich über den ganzen Berggraben des Rossenrains bis zum Hartmannswillerkopf. Der ganze Wald bildet ein ungeheures Flammenmeer und erleuchtet nachts die Rheinebene taghell. In dem während des Krieges mit Granaten gespickten Gelände erfolgen fast ununterbrochen Explosionen. Die Feuerwehr ist völlig machtlos. Von Alfirch und Mühlhausen sind französische Truppen zur Hilfeleistung abgerückt.

Die Menschenverluste im Kriege

Uns wird geschrieben:

In dem Artikel von Walter Eschbach „Krieg dem Kriege“ ist zu lesen: „Wenn man jedoch den Gesamtverlust Deutschlands an Menschen während des Krieges berechnet, so muß man unbedingt die 700 000 Menschen hinzuzählen, die während dieser Zeit an Unterernährung zugrundegegangen sind.“ Ich, wenn es doch nur 700 000 wären! Die rauhe Wirklichkeit redet leider eine ganz andere Sprache. Nicht 700 000 sind während des Krieges und durch den Krieg aus der Zivilbevölkerung — meist Frauen, Kinder und Greise — an Unterernährung, Erschöpfung usw. vorzeitig gestorben, sondern über zwei Millionen, also die dreifache Zahl.

In jener berühmten Sitzung der „Vereinigten ärztlichen Gesellschaften“ vom 18. Dezember 1918 — also wenige Wochen nach dem Zusammenbruch des militärischen Regiments in Deutschland —, in der als erster Geheimrat Kubner nach einer Schilderung der überaus traurigen Ernährungslage unseres Volkes zum erstenmal öffentlich die Tatsache feststellte, daß eine von medizinischer Seite gewünschte Erhebung über den Gesundheitszustand unseres Volkes während des Krieges „an den Widerstand gewisser allmächtiger Persönlichkeiten scheiterte“ und so also unser Volk wie auf militärischem, so auch auf gesundheitlichem Gebiet während des Krieges systematisch belogen und betrogen wurde, wußte Geheimrat Hamel vom Reichsamt des Innern nach, daß „nach sorgfältiger Berechnung für die Jahre 1915 bis 1918 die Hungerblöde insgesamt eine Zahl von rund 763 000 Todesopfern forderte.“

In diese Zahl sind die 150 000 Todesfälle, die die Grippe im Sommer 1918 in Deutschland verursacht, nicht mit eingerechnet. Inzwischen sind drei Jahre ins Land gegangen. Die Kindersterblichkeit, die Tuberkulose haben unzählige weitere Opfer gefordert. Und wenn in dieser historischen Sitzung der „Vereinigten ärztlichen Gesellschaften“ schon vor drei Jahren Geheimrat Kubner erklärte: „Wir haben von unserem Körper hergegeben, was möglich war. Es endet schließlich jede Widerstandskraft. Jeder Tag kostet uns schwere Opfer“, so muß man heute, nach weiteren drei Jahren der Entbehrung bei den proletarischen Massen, der zunehmenden Arbeitslosigkeit u. dgl. m., von über zwei Millionen Opfern sprechen, die Unterernährung, Erschöpfung etc. vom deutschen Volke gefordert haben. Zumal ja die über Deutschland verhängte Hungerblockade immer noch nicht aufgehoben ist. Nur daß diese jetzt nicht mehr vom sogenannten „Feindbund“ erfolgt, sondern von den Besitzenden des eigenen Volkes, den Kapitalisten, Kriegs- und Friedensgewinnlern, den Agrariern, mit einem Worte: den Maulpattentoten in Deutschland selbst.

Deutschlands Menschenverluste durch den Krieg betragen mindestens 11,5 Millionen! Hier Millionen Menschen haben wir verloren durch die Abgabe der östlichen Provinzen Polen und Westpreußen einerseits und Elbahl-Vorbringen andererseits, dreieinhalb Millionen beträgt der Geburtenverlust während des Krieges, zwei Millionen sind im Felde getötet und zwei Millionen sind vorzeitig an Unterernährung und Erschöpfung gestorben.

11,5 Millionen Menschenverlust für Deutschland! Damit nähern wir uns immer mehr und mehr den 16 Millionen, die nach dem menschenfreundlichen Verlangen des Münchener alldeutschen Geheimrats von Gruber erst aus dem „Buch des Lebens“ gestrichen werden müssen, bevor man daran denken kann, für die Zurückbleibenden eine Existenzmöglichkeit zu schaffen. 11,5 Millionen: ein prächtiges Stahlbad für unser deutsches Volk! Dabei müssen wir uns aber immer und immer wieder klar sein, daß diese Zahlen immer nur eine vorläufige Bilanz des Krieges darstellen. Die eigentliche Bilanz wird ja erst in Jahrzehnten abzuschließen sein. Denn wie viele weitere Tausende und Zehntausende Opfer der Krieg noch fordern wird, auch unter denjenigen Kriegsteilnehmern, die geglaubt haben, bisher gesund aus diesem Schlamassel heimgekehrt zu sein, und bei denen sich die Folgen des Krieges erst noch einstellen werden, das ist gar nicht abzuschätzen. Jahre, in denen man wie ein Tier in den Erdhöhlen gehaust hat, gehen nicht an allen Menschen spurlos vorüber. Schon heute zeigen sich bei vielen die Folgen in Gestalt von Erkrankung des Herzens, der Nieren, rheumatischer und auch seelischer Natur. Täglich fallen neue Todesopfer des Krieges. Alles das gabelnmäßig zusammenzufassen, wird erst einer viel späteren Zeit vorbehalten bleiben. Die eigentliche Bilanz des Krieges wird man erst in einer späteren Generation ziehen können.

Es scheint beinahe, als ob auch die Lehren, die man aus diesen Zahlen ziehen müßte, erst einer späteren Generation zugute kommen werden.

Dr. Julius Rosen.

Ein eigenartiger Sozialist

„Außerordentlich wertvolle Bekenntnisse“ nennt der „Berliner Lokalanzeiger“ die Ausführungen, die von dem rechtssozialistischen Justizminister Dr. Harnisch gelegentlich seines Rücktritts vor den Beamten des Justizministeriums gemacht wurden. Dieser Rechtssozialist, der, wie der „Lokalanzeiger“ ausdrücklich hervorhebt, „schon einmal durch außerordentlich vorzügliche Ausführungen auf das Angenehmste aufgefallen ist“, brachte es fertig, den Beamtenstand, dessen empörende Freche Annahmen unser Genosse Sipinski erst kürzlich auf das schärfste geißeln mußte, als vorbildlich zu bezeichnen und den Richtern, deren ausgesprochene Klassenurteile nachgerade in der ganzen Welt bekannt sind, nachzurühmen, sie seien durch die Lauterkeit ihrer Gesinnung ausgezeichnet. Ganz in den Rahmen einer solchen Auffassung gehört auch die von Dr. Harnisch dem Sinne der Demokratie und des Parlamentarismus gegebene Deutung:

„Die Aristokratie der Besten und Tüchtigsten eines jeden Standes und Berufes ist identisch mit wahrer Demokratie, und auch der Parlamentarismus darf nie die Herrschaft leitender Parteimitglieder, sondern muß weisse Leitung einer Aristokratie denkender Staatsmänner sein.“

Das ist doch nichts anderes als die von der Reaktion fortwährend erhobene Forderung nach „Nachministern“, und es wird daher sehr verständlich, daß der „Lokalanzeiger“ auch diesem Teil der Rede seine Zustimmung nicht versagt, sondern diesen Satz noch durch Fettdruck besonders hervorhebt.

Der Rechtssozialist Dr. Harnisch leistet sich aber noch einen ganz besonderen Trampf. Während in Berlin — allerdings in sehr beschränkter Zahl — die Rechtssozialisten am vergangenen Sonntag mit in den Ruf einstimmten „Nie wieder Krieg“ und der rechtssozialistische Warrer Bieker sogar die Forderung erhob, daß auch kein Pfennig mehr für Rüstungen bewilligt werden dürfe, erklärte der Rechtssozialist Dr. Harnisch tags darauf:

„Man sollte endlich einsehen, daß es ein verhängnisvoller Fehler war, daß sich das deutsche Volk zur Umgehung aller Nachmittel anläßte. Wie anders können wir da, hätten auch wir, wie einst das französische Volk, nun die Demokratie und die Republik mit Begünstigung gegenüber der gesamten Umwelt solange verteidigt und behauptet, bis doch ein besserer Friede möglich ward!... Nur ein Volk, das von der Idee der Gerechtigkeit begeistert ist, und zugleich die Macht hat, diese Idee zu verteidigen, kann im

Kriege der Wüter bahnbrechend voranschreiten und dann auch für die gesamte Menschheit immer neue Kulturhöhen erreichen.“

Wenn Zweifel über den Sinn dieser rechtssozialistischen Ministerrede überhaupt aufkommen können, so nur über die Frage, ob hier ein Nationalist und Reaktionsist vom reinsten Schlage eine Arbeiterpartei mißbraucht hat, um in einen Ministerstuhl zu rücken, oder ob die Abkündigungsrede des Herrn Dr. Harnisch nur eine persönliche Empfehlung an die Rechtsparteien bei gelegentlicher Neubestellung des Justizministeriums ist.

Die verschwundenen Gelder

Zu dem in unserer gestrigen Abendausgabe mitgeteilten Aufruf der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale erhalten wir von Rechtsanwalt Dr. Joseph Herzfeld folgende Berichtigung:

Auf Grund des § 11 des Freigewerkeses ersuche ich im Auftrage der Genossen Paul Edert und Carl Hagen um Berichtigung der in Ihrem Artikel im heutigen Abendblatt „Riesenbetrug an der Berliner Arbeiterkass“ mitgeteilten Tatsachen:

1. Es ist unwar, daß auch nur 1 Pfennig der nach der Abrechnung vom 15. 4. 21 vorhandenen 345 229,50 M. verschwunden ist. Nach den mir vorgelegten Bankbüchern und Belegen war dieser Betrag an dem angegebenen Datum bis auf den letzten Pfennig vorhanden.

2. Diese Bankbücher und Belege ergeben auch, daß die Behauptung, der Kassenbericht vom 6. 5. 21 sei Lug und Trug, unwar ist. Diese Kassenbücher und Belege ergeben die Richtigkeit jeden einzelnen Postens dieses Kassenberichts.

3. Es ist daher unwar, daß rund 345 000 M. unterschlagen sind; wahr ist, daß auch nicht ein Pfennig unterschlagen ist, sondern daß die Einnahmen und vorhandenen Gelder ordnungsmäßig verbucht und für Unterstühtungen, entsprechend den Aufträgen der Unterstühtungskommission teilweise verwandt worden sind.

Außerdem wird noch mitgeteilt, daß Paul Edert, der auf Grund dieser Vorgänge festgenommen war, gestern nach Vorlage der Bankbücher entlassen worden ist.

Es ist uns unmöglich, festzustellen, wie weit die Beschuldigungen gegen Edert und Hagen berechtigt sind. Wir können aber kaum annehmen, daß die Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale derartige Anschuldigungen erhebt, ohne daß sie begründeten Anlaß dazu hat. Es ist möglich, daß Edert und Hagen dem formalen Recht nicht zumidergehandelt haben. Sie haben aber nach unserer Kenntnis des Tatbestandes bestehende Umordnungen getrieben und damit das proletarische Empfinden ungleich stärker verletzt, als dies durch einen formalen Rechtsverstoß geschehen könnte. Die Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale hat nunmehr die Pflicht, die peinliche Angelegenheit in aller Offenheit klarzulegen. Erst danach wird es möglich sein, zu einem abschließenden Urteil zu kommen. Bis dahin bleiben Berichtigungen, wie die obige, ohne Wert.

Zur Linderung der Futter- und Streunot

Zur Linderung der infolge der Trockenheit entstandenen Futter- und Streunot hat der preußische Landwirtschaftsminister die Forstverwaltungen der durch den Notstand besonders bedrohten Regierungsbezirke Wiesbaden, Koblenz, Trier und Lachen angewiesen, etwa angeordnete Einschränkungen der Waldweide und Streunutzungen nach Bedarf wieder aufzuheben und allen berechtigten Anträgen von Gemeinden und Einzelpersonen auf Gewährung von Gras, Futterlaub, Futterreife, Waldstreu und Waldweide stattzugeben, jedoch unter rücksichtlicher Schonung des Waldes. Die Gewährung der Nutzungen soll hauptsächlich den kleineren und bedürftigeren Grundbesitzern und Pächtern zugute kommen.

Ortskrankenkassentagung in Hannover

Der Hauptverband Deutscher Ortskrankenkassen (Sitz Dresden) wird vom Sonntag, den 11. August, bis Dienstag, den 23. August in Hannover, Volksheim, Odeonstraße 5, seine 23. ordentliche Mitgliederversammlung (Ortskrankenkassentagung) abhalten. Am ersten Verhandlungstag, Sonntag, wird nach Erledigung des Geschäftsberichtes ein Referat folgen, über die Ausgestaltung der Kassenleistung. Berichterstatter sind: der Verbandsvorsitzende Fräulein und der Direktor Albert Cohn. Ferner wird die Artztage von dem Geschäftsführer Helmut Lehmann behandelt werden. Der zweite Verhandlungstag hat folgende Tagesordnung: Regelung der Angelegenheiten der Kassenangehörigen, Berichterstatter: Landtagsabgeordneter Schlich, Breslau — Reichsversicherungsamt und Krankenkassen, Berichterstatter: Geschäftsführer Julius Cohn, Berlin — Neuregelung des Heilungswesens, Berichterstatter: Landtagsabgeordneter Meyer-Sollingen. Der dritte Verhandlungstag sieht vor zunächst Besprechung der Arznei- und Heilmittelversorgung der Kassen, Berichterstatter: Helmut Lehmann, Dresden. Neuwahl des Verbandsvorstandes, Satzungsänderungen, Anträge und Beschlüsse.

Frankreichs Kriegskosten. Der Budgetkommission der Kammer ist der gedruckte Haushaltsplan für 1922 zugegangen. In der Begründung des Budgets veranschlagt Finanzminister Doumer die Gesamtsumme aller von Frankreich für den Krieg aufgewendeten Beträge auf 240 Milliarden Francs und betont, daß der außerordentliche Ernst der Finanzlage Frankreichs letzten Endes in dieser gewaltigen Summe seine Ursache habe.

Empfang des portugiesischen Gesandten. Der Reichspräsident hat gestern, Dienstag, den neuernannten außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Republik Portugal, Dr. da Costa, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei dem Empfange war der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Rosen, zugegen.

Die deutsch-schweizerischen Verhandlungen über den Abschluß eines allgemeinen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrages, die zur Zeit in Berlin stattfinden, nehmen einen befriedigenden Verlauf und sind am Dienstag zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Der schweizerische Bevollmächtigte, Herr Prof. Max Huber, verläßt voraussichtlich Berlin. Die Verhandlungen werden in kürzester Frist in Bern wieder aufgenommen werden.

Russisch-französische Verhandlungen. Aus Riga trifft die Nachricht ein, daß der sowjetrussische Gesandte in Lettland, Hanekki, durch Vermittlung der lettischen Regierung im lettischen Außenministerium eine Zusammenkunft mit dem französischen Gesandten hatte. Während dieser Zusammenkunft machte Hanekki dem französischen Gesandten im Namen Sowjetrusslands Kontrakte, für Frankreich vorteilhafte Vorschläge, um die Beziehungen zwischen Frankreich und Sowjetrussland wieder aufnehmen zu können. Der französische Gesandte übermittelte die russischen Vorschläge sofort nach Paris.

Die Sprachenfrage in Belgien. Das Sprachengesetz für die Verwaltung ist nunmehr mit 74 gegen 57 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen von der belgischen Kammer angenommen worden. Damit ist die Verwaltungssprache in Flandern flämisch und der Versuch, die Entscheidung jeder einzelnen Kommune zu überlassen, den der Senat unternommen hatte, beseitigt. Jetzt hat der Senat dem Gesetz seine Zustimmung zu erteilt.

Konferenz der alliierten Finanzminister. Die bereits mehrmals angeregte Konferenz der alliierten Finanzminister wird Anfang nächster Woche, wahrscheinlich am kommenden Dienstag, in Paris zusammentreten. Auf der Tagesordnung der Konferenz steht die Verteilung der deutschen Entschädigung.

Die Tabakindustriellen und das Reichsfinanzministerium

P. L. Die Zigarren- und Zigarettenfabrikanten haben bisher mit Hilfe des Reichsfinanzministeriums eine Preispolitik getrieben, die geradezu schändlich ist. Das Reichsfinanzministerium hat einerseits den Fabrikanten auf die Rauch-, Kau- und Schnupftabaksteuer sowie auf die Zigaretten- und Zigarettensteuer gewaltige Ermäßigungen, Rabatte, gewährt; es hat andererseits die Händler verpflichtet, die Waren nicht billiger zu verkaufen als zu denjenigen Preisen, zu denen sie versteuert sind. Für die Zigaretten und Zigaretten gibt es bestimmte Steuerklassen; z. B. für Zigaretten im Verkaufswerte von mehr als 30 bis 40 Pf. Das Reichsfinanzministerium verlangt nun, daß diese Zigaretten nicht unter 40 Pf. verkauft werden. Die Zigaretten im Verkaufswerte von mehr als 40 Pf. bis 50 Pf. dürfen auf ministerielles Schreiben nicht unter 50 Pf. verkauft werden. Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung ist kürzlich mit einer Geldstrafe belegt worden, weil sie ohne Zustimmung des zuständigen Steueramtes in ihren Läden den Preis einer Zigarettensorte herabgesetzt hatte. Seit dem Frühjahr 1920 ist der Preis der Rohabake für Zigaretten von 250 M. auf 50 M. pro Kilogramm zurückgegangen. Das Reichsfinanzministerium hat einen entsprechenden Preisabbau für Zigaretten verhindern lassen.

Vor kurzem hat die Zigarettenfabrik Garbaty durch den Beamten-Wirtschaftsverein und durch den Beamten-Konsumverein der Preussischen Staatsbank eine bestimmte Menge Zigaretten zu herabgesetzten Preisen, und zwar für 15 Pf., verkauft. Darob natürlich große Mut bei den anderen Unternehmern der Branche. Die den Unternehmern dienenden „Vereinigten Tabak-Zeitungen“ sagen dazu in Nr. 54:

„Es ist uns eigentlich unverständlich, warum die Firma Garbaty diese Ware so verwertet hat, denn sie hat es augenscheinlich mit einem größeren Verlust getan, als wenn sie die Ware einfach verkauft hätte. Die uns zu Gesicht gekommenen Packungen trugen ursprünglich die alte F-Banderole. Diese ist dann mit einer neuen 10-Pf.-Banderole überklebt und diese ist noch einmal überklebt mit einer 15-Pf.-Banderole. Im ganzen hat also die Firma Garbaty für diese Zigaretten pro Stück allein an Banderolensteuer 19,2 Pf. entrichtet. Der Beamtenwirtschaftsverein verkauft sie mit 15 Pf. das Stück und erhält allerdings nur 1 Proz. Verwaltungsspesen, hat also für das Stück 14,85 Pf. gezahlt. Der Großist, der die Ware dem Beamtenwirtschaftsverein verkauft hat, kann auch nicht von der Lust und der Liebe leben, so daß die Firma Garbaty allein 5 Pf. pro Stück für Banderolensteuer zulegt. War es da nicht besser, die Ware anders zu verwerten, evtl. aufzureifen? Vielleicht wäre auch eine Rückerstattung der Steuer in Frage gekommen, wobei dann die Fabrik selbst bei Vernichtung der Ware einen geringeren Verlust gehabt hätte.“

Also, um die Ware billiger zu verkaufen zu können, mußte die Firma Garbaty mehrmals Zigarettensteuer bezahlen. Sie hatte erst die neuere Banderolensteuermaske verwendet, und nachher die billigere extra noch, um einer Beschlagnahme ihrer Waren durch die Steuerbehörden und um einer Bestrafung zu entgehen.

Aus dem vorstehenden Zitat aus den „Vereinigten Tabakzeitungen“ aber ergibt uns der kapitalistische Wahnsinn entgegen: Wieder eine Ware vernichten, als sie billiger verkauft!

Nun hat das Reichsfinanzministerium vor einigen Tagen angeordnet, daß vom 1. Oktober der besondere Steuerrabatt für Zigaretten etwas vermindert, für Zigaretten aber abgeschafft werden soll. Da lamentiert jetzt das erwähnte Unternehmerblatt:

„Seit einigen Monaten macht sich ein Rückgang des Konsums bemerkbar, bzw. die Verwendung der Raucher in die unteren Preisklassen, verbunden mit einem Übergang zu anderen Tabakfabrikaten. Insbesondere ist die steigende Benützung des Rauchtobaks auf Kosten von Zigaretten und besonders Zigaretten bemerkenswert. Ueberaus bedenklich ist im Zusammenhang damit die steigende Ziffer der Arbeitslosigkeit in der Zigarettenindustrie, und es liegt auf der Hand, daß diese durch die Steuererhöhung in geradezu bedauerlicher Weise vermehrt werden wird, eine weitere bedauerliche Begleiterscheinung.“

Der Rückgang des Konsums und seine Folgen, die Arbeitslosigkeit, die sich in den letzten Monaten bemerkbar gemacht haben, können unmöglich darauf zurückzuführen sein, daß künftig, vom 1. Oktober ab, die Steuerrabatte eingeschränkt werden. Die Ursache ist vielmehr die Preistreibeerei, die die Kapitalisten der Tabakindustrie mit Unterstützung des Reichsfinanzministeriums getrieben haben.

Polnische Besorgnisse um Oberschlesien

D.E. (Drahtbericht.) Warschau, 2. August.

Die polnische Presse der letzten Tage behandelt nach wie vor die ober-schlesische Frage sehr pessimistisch. Der sozialistische „Robotnik“ stellt fest, daß sich niemand um Polens eigene Meinung in der ober-schlesischen Angelegenheit bekümmere. Der bürgerlich-radikale „Kurjer Polski“ macht Korstant für die gegenwärtige Verschlechterung der polnischen Ausichten verantwortlich, der leistungstüchtigerweise polnischen Arbeiterblut in Strömen habe fließen lassen. Der Wladycki naheheutzend „Harod“ wirft Frankreich vor, daß es durch sein Zurückweichen von seinem früheren Standpunkt in der ober-schlesischen Sache auch die Grundlagen des polnisch-französischen Bündnisses in Frage stelle. Der „Bereinigter ober-schlesischer Ausschuss“, der über eine eigene Zeitschrift in Polen verfügt, wendet sich in schärfster Form gegen das Projekt einer provisorischen Lösung der ober-schlesischen Frage von Sir Harold Stuart und droht mit neuen Vermittlungen, wenn das Projekt verwirklicht werden sollte. Die Ausschussmitglieder würden sich durch ausländische Truppen nicht einschüchtern lassen.

Die polnische Gesandtschaft für Sowjetrußland, mit Iwan Iliowicz an der Spitze, ist nach Moskau abgereist. Es wird hier viel beachtet, daß der hiesige japanische Gesandte ein Abkündigungsprotokoll für Kijew gegeben hat. — Als polnischer Vertreter bei der sowjet-ukrainischen Regierung soll demnächst Szarota, der frühere Gesandte in Wien, nach Charkow gehen.

Der 4. August belgischer Nationalfeiertag. Durch Dekret des belgischen Ministers des Innern ist nunmehr der 4. August, der Tag, an dem die deutsche Armee 1914 die belgische Grenze überschritt, zum Nationalfest erhoben worden. In diesem Tage werden sämtliche Schulen läuten, auf den öffentlichen Plätzen finden Konzerte statt, und in den Schulen wird auf die Bedeutung des Tages hingewiesen. Belgien feiert also von nun ab zwei Nationalfeste, das eine am 21. Juli und das andere am 4. August.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
besitzt das einzig empfindungsmittelfrei bewährte
KUKIRON
Schachtel N. 2. — in Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskaufdruck
5 Jahre schriftliche Garantie, Zahnlehen mit Bekleidung bei Bestellung von Edisson groß, Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 14.

Besonders günstiges Angebot für Hosen! ♦ Gültig einige Tage!

Herren-Hosen	aus solidem, gestreiftem Buckskin M. 85,	40 ⁰⁰
Herren-Hosen	in schönen Kammgarnstreifen M.	72 ⁰⁰
Herren-Hosen	Friedensqualität, sehr haltbar, in modernen Streifen M.	87 ⁰⁰
Herren-Hosen	aus Kammgarn und Cheviot, in aparten geschmackvollen Streifen M. 200, 150, 120,	98 ⁰⁰
Herren-Hosen	aus Ia Tuchkammgarn und Satis M.	220 ⁰⁰
Sport-Hosen	Breechesform, aus Loden, Homespun oder Cheviot M. 150, 125,	98 ⁰⁰
Manchester-Hosen	lang oder Breechesform M. 175,	150 ⁰⁰
Herren-Hosen	in Trikotgewebe M.	125 ⁰⁰
Militär-Hosen	feldgrau, haltbare Qualität M. 108, 95,	85 ⁰⁰
Arbeits-Hosen	aus feldgrauem, Ia reinleinenem Drell, dauerhafteste Qualität M.	48 ⁰⁰

Herren-Sommerhosen	a. grau, grün od khakifarb.Stoff., einfache od. Breechesform von M.	66 ⁰⁰
Tennis-Hosen	aus reinwollenem, weissem Flanell M.	198 ⁰⁰
Jünglings-Hosen	in Mustern und Qualitäten den Herrenhosen entsprechend von M.	38 ⁰⁰
Knaben-Stoffhosen	aus starkem Buckskin von M.	30 ⁰⁰
Knaben-Waschhosen	aus blankem Leinengewebe, von M.	19 ⁰⁰
Knaben-Turnhosen	aus sehr gutem, weissem Körper, von M.	18 ⁰⁰
Gummimäntel für Damen	in sehr guter Qualität u. moderner Ausführung M.	250 ⁰⁰

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotsagen u. d. anderen Sachen

Der Versand nach ausserhalb erfolgt i. d. Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Theater und Vergnügungen

Volkshöhne
Commerzdirektion
7 1/2 Uhr: Cavalleria rusticana und Pagazzo

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Potisch u. Perlmutter
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Mäntelchen kriegt

Großes Schauspielhaus
Kassiererei
8 Uhr: Die Weber (Aber Abonnement)

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:

Milliarden
SOUPER

Komödienhaus:
Abendstück 7.30 Uhr:
blonde Engel
von Robert Winterberg

Reizend Theater
8 1/2 Uhr zum ersten Male
Traumulus
mit Albert Gassmann

Stranion Theater
Täglich 8 Uhr:
Lady Windermere's Fächer

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
Cafanova's Sohn

Walhalla Theater
7 1/2 Uhr:
Die Königin der Luft

Rose Theater
7 1/2 Uhr:
Mein Leopold

Theater
am Rollendorferplatz
7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Komische Oper
Schauspiel: Alfred Münter
Operette
7 1/2 Uhr:
Der fidele Bauer

7 1/2 Apollotheater 7 1/2
Friedrichstraße 216

Internat. Jugend-Programm
Opium-Träume u. Eine Herzmogelgeschichte mit 24 Szenen
Sowie 10 Genfationen

Das Casino-Theater
ERÖFFNET
Seine 21 jährige Spielzeit
Freitag, den 12. August

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang u. d. Reichsbank (No. 108) Norden 196 21

NOTGELDSCHNEIDEN
Präsidenten, Könige, Kaiser, Reichskanzler, Berlin 66, Wilhelmstr. 46.

Botenfrauen
steht sofort ein
Expedition Wukfi
Choriner Straße 68

Leffing Theater
Direkt.: Victor Barnowski
Abendstück 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Kassmann, Götze)

Deutsches Künstler-Theater
7 1/2 Uhr: Der Herr Verteidiger
(Hell, Gehlert, Kaiser-Litz)

Berliner Prater
Kassmann-Liter 7 u. 8
Internationale
Ringkampf - Konkurrenz
Varieté

Theater a. Kottbus. Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 7 1/2 Uhr:

Elite-Sänger
Neues
Wagners-Programm!
Sonntag, 11.-12., und 4.-6. Uhr.

METRO
KARTEN-KABARET

Lehrenstraße 44.
7 1/2 Uhr:
4 Black Diamonds
Pirnikoff & Pirnikowna
Carmellini

8 Grix Grigoris
Anna Panini
Hans Wileys
Leos schwebende Musik

2 Borellis
Richard Frischbiller
Gregor Ratoffs Chor
3 Booklyns

Neue Welt
Arnold Scholz
Gartenstraße 108/114

Am Mittwoch, den 3. August
Konzert u. Spezialitäten-
Vorstellung
Austreten des Ballettmeisters Carlo Storer

V. Gr. Erntefest
Grosser Erntezug
Kindertheater u. Kinderspiele
und Kinderbelustigungen aller
Art, wie Topfackeln, Saub-
hüpfen, Wettlaufen, Kinder-
Fackelzug

Um 6 Uhr: Aufführung des
Entballens „Neue Welt“
Anfang 4 Uhr. Einlass 3 Uhr.
Die Kaffeeküche ist von
2 Uhr ab geöffnet.

Barangerei:
Donnerstag, 4. August
Gr. Kunst- u. Jugendfeuerwerk

Wiederwechsel zwischen
Schiller und Lotte. Gut ge-
bunden, 352 Seiten stark, nur
3.- Mark, Porto extra. In
bestehen durch Buchhandlung
Reichert, Breite Straße 66.

Kriegsanleihe wird zu 84%, in Zahlung genommen!
Wegen Renovierung meiner Geschäftslokaltäten

Ausnahmepreise

Sportjacken, reine Wolle	148.-
Kunstseidene Strickjacken	140.-
Covercoatmäntel, impr.	146.-
Reinwollene Tuchmäntel	341.-
Mantelkleider	269.-
Sportjacken, Baumwolle	40.-
Sommerkleider	48.-
Impr. Seidenmäntel	248.-
Stoffröcke	65.-
Kostüme aus Loden	390.-
Kostüme, wundervolle Ausführungen	345, 495.-
Gummimäntel für Herren	385.-
Gummimäntel für Damen	325.-
Lodenmäntel	280.-

Original-Modelle, Fantasiestücke erstklassiger Meister
Kostüme, Mäntel, Kleider, Einheitspreis 648.-
Pelzmäntel, entzückende Modelle,
2800.-, 3300.-, 3750.-, Plüsch-
mäntel 875.-, 1070.-, Sealplüsch-
mäntel 2400.-, 3100.-, Astrachan-
mäntel 300.-, 450.-

Westmann

1. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Geschlechtsleiden

Harn-Ohrenleiden, frisch und speziell veraltet, Syphilis, Menstruationsstörungen, Weissfluss behandelt ohne Berufshinderung
Dr. med. Dammanns Heilanstalt
Berlin M 6, Potsdamer Strasse 123 B.
Sprechstunden: 9 bis 11, 3 bis 6, Sonntag 10 bis 11.
Behr. Bronch. mit zahlr. Dankscr. u. Angabe bewährter Heilmittel ohne Quecksilber, u. andere Gifte gegen M. 2.- diskret in verschloss. Doppelbriefe ohne Absender. Leiden genau angeben.

Sahnen - Schokolade
Feinbitter, Vollmilch, Mokka, Trüffel, Marzipan, Creme zu billigen Preisen
SCHNEIDER
Rosenbergstrasse 27

Beißfeldstecher
6. und 8. Fach, kauft Rindfleisch
M. Stockmann,
Berlin W9, Potsdamer Str. 136
(Höfgen 2259).

Kupfer, Mess., Rg., Blei, Zinn, Zink u. s. w., kauft höchstbillig & rüchelt, Strausberger Str. 24 (im Keller)

Kartoffeln

frische blaube weiße Ware liefert an Arbeits-
organisationen u. ganz besonderen Vorzugspreisen.
Bestellbest. Konsumvereine u. sonstige Organisa-
tionen wollen sich mit mir in Verbindung setzen

Max Seidel, Königsberg i. Pr., Altstadt, Lang-Gasse 77
Die Arbeiterorganisationen in Königsberg werden über meine Verlon gern jede Auskunft geben

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl, billige Preise.
I. Wolgaststr. 37
(Kolonnaden)
II. Dr. Fritsch, Str. 115
(nahe Andreasstr.)
U. unvollständige soj. Amt Jentz um 7000
Sonntags geschlossen.

Kresser
Büchel, auch die best-
nächsten, feinsten,
grobe, großporige Haut-unter-
schichten lassen sich nur
durch die seit 30 Jahren über be-
währte Pasta Vera befeucht.
III. 12.50. Für gleichg. unverl.
Kur Gallaria u. Wundheil-
ungspulver 4.50, Schilf-
3 Sch. 12.-, Oils, Rind-
Berlin 40, Lindenbühlstraße 42.

Glühlampen
Halbzwanzig- und fünfzig-
Watt, Elektro-Instanz, Material
kauft
Schroder, Bernauer Str. 101
Wohlfühlgeb. III.

Schlafzimmer
reiches, edler Material,
Matratzen, 2550.-,
weiches 2000.-, Feder-
stühle, schmerz. Ausfüh-
rung, Büchertisch, geblüht,
Schreibtisch, 2550.-, Ephe-
zimmer, hübsches Stuhl-
mit 6 Vollerstühl., 3750.-,
Rücken 500.-, Küchengeräte,
nuckbaum, rüch., 1200.-,
Große Auswahl in schweren
Garten, Ephe u. Schlaf-
zimmern enorm billig.

Hans Sennert
Lothringer Str. 55
am Köpenicker Platz.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Achtung!

Delegierte

zum Verbandsstag in Jena!

Die gewählten Delegierten der
Liste A werden ersucht, bis zum

Freitag, d. 5. August,

nachmittags 4 Uhr,

ihre genaue Adresse, Beruf
und Buchnummer an die

Ortsverwaltung einzusenden.

Die Ortsverwaltung.

Tüchtige

Verkäuferinnen

für

Damenkonfektion

Kleiderstoffe

Herrenartikel

sofort gesucht

Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.

Große Frankfurter Str. 113

Botenfrauen

werden sofort gesucht

Expedition Werner, Greifswalder Str. 29
für Neue Königstraße, Linienstraße, Wabnitzstraße,
Chodowickstraße, Danziger Straße, Emanuel-Str.,
Sedition Lehmann, Hafftenstraße 43

Meldungen 10-12 und 3-6 Uhr.

Genossen, werbt für unser Blatt!

II. Jahrg. Die Kommunistische Internationale Nr. 16

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale Nr. 16

Aus dem Inhalte: O. SINOWJEW: Vor dem Dritten Kongress der Kommunistischen Internationale / KARL RADEK: Die Gründung der 2^{ten} Internationale / J. STEPANOW: Die ausländischen Konzeptionen / HELENE BRION: Eine Aufgabe des französischen Kommunismus / TOM QUELCH: Die Gegner der sozialen Revolution in England / BELA SZANTO: Parteiverschmelzungen in Ungarn und in Deutschland / EIN BRITISCHER KOMMUNIST: Zwei Revolutionen in Irland / FRANZ KORITSCHONER: Die Arbeiterräte in Deutsch-Oesterreich / CHR. KABAKTSCHEFF: Der Balkan am Vorabend der Revolution / J. JANSEN: Ueber die Entwicklung der Kommunistischen Partei in den Niederlanden / J. HERZOG: Der Kampf für die Kommunistische Internationale in der Schweiz / EIN DELEGIRTER DER LIGA: Die revolutionäre Bewegung in Süd-Afrika / WL. WILENSKI (SIBIRIAKOW): Am Vorabend der Entstehung der Kommunistischen Partei in China / SAKAI: Ueberblick über die sozialistische Bewegung in Japan bis 1917 / SEN KATAYAMA: Revolutionäre Strömungen in Japan / G. MOROS: Zur Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland / J. NOWOMIRSKI: P. A. Kropotkin als Theoretiker des Anarchismus — DIE PARISER KOMMUNE: KARL MARX: Die Pariser Kommune / J. STEKLOW: Der Grundfehler der Pariser Kommune / J. STEPANOW: Die Pariser Kommune und die russische Revolution / DER WEISSE TERROR NACH DEM STURZ DER KOMMUNE (Episoden der Maiwoche) — DER INTERNATIONALE RAT DER ROTEN GEWERKSCHAFTEN: O. H. Die Industriearbeiter der Welt / Bericht über den Verband für gewerkschaftliche Propaganda in Schweden / Beschlüsse des Ersten Gewerkschafts-Kongresses der Balkan-Donauländer / Die industrielle Krise und die gelben Gewerkschaften in England / Der Drang nach Moskau / usw. — DIE INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG: L. CHINTSCHUK: Die Vereinheitlichung der Genossenschaftsbewegung / Richtlinien der internationalen Genossenschaftsbewegung / DOKUMENTE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG / VON DER TÄTIGKEIT DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE / SEKTIONEN DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE / DIE INTERNATIONALE DER KOMMUNISTISCHEN JUGEND / INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE FRAUBEWEGUNG / HELDEN UND MÄRTYRER DER PROLETARISCHEN REVOLUTION / BÜCHERSCHAU / ILLUSTRATIONEN: P. A. Kropotkin auf dem Totenbett

768 Seiten Zwölf Bilder zur Pariser Kommune Preis Mk. 10.00

Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11

Groß-Berlin

Der Berliner Hafen

Staatlich oder hädtisch — Unmoderne Ausstattung

Jahrhundertlang waren Berlin und Köln zwei kleine Fischerdörfer, bis sich zuerst ganz allmählich, dann mit wachsender Schnelligkeit, daraus die Riesenstadt Berlin entwickelte. Das Entstehen des Eisenbahnverkehrs brachte die Stadt in eine besonders günstige Lage und bot ihr die Möglichkeit zu ihrer ungeheuren Ausdehnung. Berlin ist diejenige Stadt der Welt, in der sich die meisten Eisenbahnlinien kreuzen, und diese Tatsache, in Wechselwirkung mit der Blüte des deutschen Kapitalismus, machten den Ort zur Metropole.

Der Berliner Hafen ist dabei nicht bedeutungslos geworden. In seiner jetzigen Gestalt ist er entstanden in der großen Not des Revolutionsjahres 48, als die Regierung nach Pariser Muster durch Notstandsarbeiten, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen versuchte. Damals wurden die Kanäle gebaut, die die Spree zu einer verzweigten Wasserstraße machen, aber seitdem ist auch wenig geschehen. Im Gegensatz zu anderen Binnenhäfen haben wir nicht eine zusammenhängende Hafenstraße mit progressiver Ausrüstung, sondern der Berliner Hafen ist überall, wo in weiterem Umkreis der Stadt Platz vorhanden ist. Das ganze Gebiet von der Trepptower Eisenbahnbrücke bis zu den Schlußen bei Blöhensee und Charlottenburg gilt als „Abgabengebiet“ und dient zum Lagern und Umladen.

Als Ueberbleibsel aus seiner Entstehungszeit ist der Hafen noch heute stöcklich und wird durch staatliche Wasserbauämter vermarktet, während die übrigen Häfen Deutschlands durchweg kommunal sind. Am Mühlendamm liegt die Grenze zwischen den Wasserbauämtern 1 und 2, die freilich auch einen Teil nichtstaatlicher Verwaltung zu erledigen haben. Die Stadt Berlin hat in jüngster Zeit Bestrebungen angebahnt, den Hafen unter die Gewalt der Kommune zu bekommen, und an zwei Stellen hat sie schon eigene Anlagen errichtet. Der eine ist der Osthafen an der Trepptower Eisenbahnbrücke, der allerdings keine besondere Fluhbetanlage hat, sondern sich an der Spree erstreckt, die dort verbreitert und ausgebaut ist. Der zweite Hafen, der Westhafen, befindet sich bei Blöhensee und besteht aus zwei Armen, die den Fluß ostwärts ausbilden.

Daneben gibt es noch einige Privathäfen, die aber nicht sehr bedeutend sind. Seit dem 1. April d. J. ist die preussische Verwaltung entsprechend der Reichsverfassung auf das Reich übergegangen und untersteht jetzt dem Reichsverkehrsministerium. Die Beamten arbeiten vorläufig im Auftrage des Reiches. Die Reichsverfassung bestimmt auch, daß ein Betrag aus den Erträgen der Schiffsahrtstreibenden gebildet wird, der so gar gewisse beschließende Befugnisse haben soll, es ist aber bisher noch nichts zu seiner Bildung geschehen. Das ist sehr bedauerlich; denn gerade die Hafenerwaltung muß sich von allen bürokratischen Rückständigkeit freihalten, und in einen lebendigen Kontakt mit dem Wirtschaftsleben treten, auf daß das Verkehrsleben einen so wesentlichen Einfluß hat.

Berlin ist nach dem Kohlenhafen Duisburg-Kuhrort, der nächsthöchste deutsche Binnenhafen. Der Verkehr hat allerdings noch lange nicht den Friedensstand erreicht, aber er ist doch heute nicht mehr so ganz unbedeutend. Im Gegensatz zu anderen Binnenhäfen gibt es in Berlin fast keinen Durchgangsverkehr, der ins Gewicht fällt, und sogar der Abgang von Gütern steht nur in einem bescheidenen Verhältnis zum Eingang. Man kann das Verhältnis ungefähr auf 4 zu 1 beziffern. Die meisten Güter dienen der unmittelbaren Versorgung der Stadt und gehen direkt in den Verbrauch über.

Es handelt sich meistens um schwerverderbliche Massengüter, für die der Eisenbahntransport zu teuer ist. In letzter Zeit hat sich das allerdings geändert, und der Preisunterschied zwischen den beiden Transportmitteln ist nicht mehr so groß, oder sogar umgekehrt. Die Eisenbahnen arbeiten bekanntlich mit einem erheblichen Defizit, das der Staat trägt, während die Schifffahrt natürlich keine Zuschüsse erhält.

Infolgedessen hat ihre Rentabilität sehr nachgelassen und wahrscheinlich hätten die Eigentümer sie zum Teil sogar ausgegeben,

wenn nicht zu bedeutende Kapitalkassen, die für den einzelnen Schiffer häufig einen überwiegenden Teil seines Vermögens ausmachen, darin investiert wären.

Um so mehr müßte man versuchen, den Hafenvorkehr schon zur Entlastung des Kohlenbedarfs der Eisenbahn zu beleben. Wenn man das Bild der Binnenhäfen Westdeutschlands vor Augen hat, dann sieht man sofort, wie rückständig der Berliner Hafen ist. Dort tiefge Lagerhallen, über die sich mächtige Eisenkräne schwingen, breite Kais, mit direkten Eisenbahnanstößen, hier verstreut über den ganzen Bezirk eine Anzahl kleiner Räumlichkeiten mit unbequemen Zufahrtstrassen. Der Staat, der sonst nur Sicherheitshäfen für die Zeit, wo die Ströme durch Eis oder schlechten Wasserstand nicht befahrbar sind, verwaltet, zeigt sich auch in Berlin nicht fähig, eine großzügige Leitung des Hafenvorkehrs nach den immer wechselnden Bedürfnissen des Augenblicks zu regeln. Man kann nur auf das wärmste wünschen, daß die Stadt recht bald an seine Stelle tritt, und sie wird hoffentlich dann in der Lage sein, auch ein größeres Kapital in ein Unternehmen zu stecken, das während im größten Umfange ist.

In diesen heißen Sommertagen stockt der Verkehr vollkommen. Nur wenig Schiffe liegen fest an ihrem Platz, es kommt nichts herein und nichts geht hinaus. Die Ladehallen stehen leer, und die Hafenarbeiter müssen die Hände in die Taschen stecken. Das liegt nicht an der Spree. Die Schleuse und das Wehr in Charlottenburg heben in wasserreichen Zeiten genügend Wasser auf, um den Pegel nicht zu tief sinken zu lassen. Aber die anderen Flüsse, auf denen nach Berlin gefahren wird, insbesondere die Elbe und die Oder, sind so tief gesunken, daß auf ihnen die Schifffahrt völlig stockt. Das ist die schlimmste Zeit auf dem Wasser, viel gefährlicher, als die Vereisung, da sie plötzlich kommt und den Transport wertvoller Güter erschweren, ja, sie mitunter sogar verderben kann.

Stadtverordnetenfraktion

Am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, Sitzung der Stadtverordnetenfraktion, Rathaus, Zimmer 109, nachdem um 5 Uhr Plenarsitzung.

Wir bitten die Mitglieder der Fraktion, pünktlich und rechtzeitig in der Fraktionssitzung anwesend zu sein. Der Vorstand.

Richtpreise für möblierte Zimmer

Der Ausschuss für das Wohnungswesen teilt mit:

Gegen den Wucher mit möblierten Zimmern sind vom Magistrat durch die Bekanntmachung zum Schutze der Mieter (Groß-Berliner Wohnungsnotrecht) vom 12. Mai 1921 Vorkehrungen getroffen worden. Nach § 3 dieser Bekanntmachung müssen auch Mietverträge über möblierte Zimmer vom Vermieter dem Wohnungsausschuss angezeigt werden. Als Norm für die Festlegung des Mietpreises sind vom Ausschuss für das Wohnungswesen den Miet-einigungsämtern folgende Richtlinien gegeben worden. Der Mietpreis für möblierte Zimmer setzt sich zusammen aus: 1. Dem Wert des leeren Zimmers, 2. dem Zuschlag für die Möbelausstattung, 3. dem Zuschlag für alle Nebenleistungen.

Der Wert des leeren Zimmers wird berechnet aus dem Gesamtmietpreis der Wohnung dividiert durch die Zahl der Zimmer. Als Zuschlag für die Möbelausstattung gilt als angemessen für ein Jahr 15 Prozent des jetzigen Durchschnittswertes der Möbel. Als Herstellungswert wird der von den gemeinnützigen Hausarbeitsvereinigungen geforderte Preis für gleichartige Möbel berechnet. Für Bedienung, Reinigung, Wäsche, Beleuchtung usw. gelten als Vergütungssätze die Selbstkosten des Vermieters. Der Mieter eines möblierten Zimmers, der glaubt, daß ihm für sein Zimmer mehr als die hieraus errechnete Miete abgefordert wird, kann bis zum Ablauf zweier Wochen nach Abschluß des Vertrages das Miet-einigungsamt anrufen, das dann nach obigen Richtlinien den angemessenen Mietpreis festsetzt.

Auffklärung dringend erbeten

Brechkohlen in unbeschränkter Menge ohne Kohlenkarte sind auf dem Stadt-Osthafen zur Verteilung gelangt. Diese Kohlen, welche für das städt. Elektrizitätswerk Charlottenburg bestimmt waren, sollen übriggeblieben sein. Es sei dem so kommunikativen Leiter angebildt gelungen, diese Kohlen für sich und seine Beamten zu erwerben. Trotzdem ihre Wohnungen mit Dampfheizung versehen sind, ließen sie sich je 40 Zentner im Keller einlagern.

Zu dieser Mitteilung von Angestellten des Osthafens wird sich der Magistrat schleunigst äußern müssen. Wir halten es für unmöglich, daß in dieser Zeit tatsächlich Kohlen übrig bleiben. Ins-

besondere schon einigemal infolge des Ausfalls der schlesischen Kohlenlieferungen die städtischen Werke zu Betriebsbeschränkungen gezwungen waren.

Die Notstandsarbeiten in Charlottenburg

Zur Vinderung der Arbeitslosigkeit waren von den städtischen Körperschaften der früheren Stadt Charlottenburg 9 598 400 M. zur Verfügung gestellt worden. Hierunter befand sich für 10 Ausführungen auf dem Gebiete des Hochbaus eine Summe von 4 078 400 M. Ersparnisse an einzelnen dieser Arbeiten, namentlich im Bereich der Gasanstaltsoverhaltung, ermöglichten die Ueberweisung von weiteren 413 070 M. zur Ausführung einiger Spiel- und Sportplätze. Schließlich wurden auch weitere Mittel zur Schaffung von Büroräumen im Charlottenburger Rathaus in Höhe von 300 000 M. zur Verfügung gestellt. Insgesamt standen für Notstandsarbeiten 4 791 470 M. bereit. Die tatsächlichen Baukosten haben jedoch für die Hochbauten insgesamt 5 266 470 M. betragen, so daß eine Ueberschreitung von 495 000 M. eingetreten ist, vor allem beim Ausbau der Gemeindepflichtschule in der Oranienstraße um 110 000 M. und der Schaffung von Büroräumen im Rathaus um 115 000 M. Hierzu kommen noch die ungedeckten Kosten für einige kleinere Pausausführungen, so daß insgesamt 530 430 M. nachzubewilligen sind. Durch eine Nachprüfung der Berliner Hochbaudepartement ist festgestellt worden, daß die Uebererschreitungen unvermeidlich waren, sie sind lediglich notwendig geworden infolge der während der Bauausführung stetig ansteigenden Löhne und Baustoffpreise. Da die Gesamtausgaben von Reich und Staat für die in Frage kommenden Notstandsarbeiten 1 788 500 M. betragen, so verringern sich die tatsächlich noch zu bedeckenden Kosten erheblich.

Die Kinderschutzkommission der Arbeiterkammer veranstaltet für ihre sämtlichen Helfer, Helferinnen und besonders für deren Kinder eine Dampferfahrt. Es soll ein Ferienabschluss, aber auch der Beginn zu neuer Arbeit sein. Die Fahrt selbst ist für alle kostenlos. Bei den einzelnen Tarifkategorien sind die Kosten umgehend die Anzahl der Mitfahrenden anzugeben. Bis Sonnabend vormittag muß die Anzahl der Erwachsenen sowie der Kinder durch die Distriktsleiterin im Zimmer 64 des Jugendplegeamtes, Neue Friedrichstraße 79-80, zu Händen der Genossin Maria Demming, entweder schriftlich oder mündlich abgegeben sein. Alles weitere wird durch die „Freiheit“ bekanntgegeben.

Unerwartete schwere Unfälle. Auf der Kreuzung der König- und Klosterstraße stießen gestern nachmittags eine „Elektrische“ der Linie 74 und ein Kohlenwagen der Firma Schröder, Greifswalder Straße, zusammen. Bei dem Straßenbahnwagen wurden sämtliche Glasfenster zertrümmert und eine der Insassinnen, die 54 Jahre alte Frau Baum, erlitt durch Glassplitter erhebliche Verletzungen am rechten Auge und am rechten Oberarm. Sie erhielt die ersten Verbände auf der nächsten Rettungsstelle. — Vor dem Kriminalgericht wurde gestern nachmittags die 44 Jahre alte Frau Marie Jozak durch einen Kraftwagen angefahren und am Kopfe schwer verletzt. Sie wurde nach dem Krankenhaus Moabit transportiert. — In der Trunkenheit lief gestern abend der 62 Jahre alte Dreher Max Sch. Blindlings gegen einen über den Rosenhafer Platz fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 168 und trug starke Kopfverletzungen davon.

Eine Stunde Nachtspendenbetrieb — 20 000 Mark. Was ein von Ausländern frequentiertes Nachtlokal einbringen muß, zeigte eine Verhandlung gegen den Gastwirt Jiborius. Der Angeklagte war früher Besitzer einer jener Luxusbars, in welcher der gewöhnliche Mensch bis hinauf zum Minister infolge Geldeumangels nicht verkehren kann, so daß sich hier nur die Herren Kriegsgewinnler, Schieber und Dant der Salutamisere, Ausländer ein Spielbühne geben können. Als am 1. August v. J. hier zwei Sippenbeamte erschienen und Schlaf boten, da die Polizeistunde längst eingetreten war, nahm sie der Angeklagte beiseite und bot ihnen einzeln je 10 000 Mark an, wenn sie es dulden würden, daß das Lokal noch eine Stunde länger geöffnet bleibe. Die Sippenbeamten lehnten jedoch das ihnen angebotene gute Geschäft ab und erstatteten Anzeige wegen verbotener Bestechung. — Vor Gericht stellte Rechtsanwalt Dr. Erich Juliusberger unter Beweis, daß nicht der Angeklagte selbst das Geld angeboten habe, sondern ein reicher Amerikaner, der sehr unwillig darüber war, daß ihm schon um 11 Uhr die Möglichkeit genommen werden sollte, sein Geld auf mehr oder weniger anständige Weise loszuwerden. Dieser habe sich bereit erklärt, für die Armen der Stadt Berlin jene Summe herzugeben, wenn es ihm dadurch möglich sei, noch eine Stunde länger Sekt zu trinken. Das Gericht glaubte dem Angeklagten, daß er in einem Falle lediglich den Dolmetscher für den der deutschen Sprache unkundigen Amerikaner gespielt habe. In dem zweiten Falle habe sich der Angeklagte jedoch der Beihilfe schuldig gemacht. Das Urteil lautete deshalb nur auf 1500 Mark Geldstrafe.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Nun, vielleicht gibt Ihnen Peter Anregung,“ meinte Helene und sah wieder angelegentlich zur Decke empor.

„Das gnädige Fräulein meinen?“

„Nun, Peter ist der Meinung einiger meiner Freunde nach ein ganz interessantes Objekt.“

Der Kandidat beugte sich, die Augenbrauen fragend so hochzuziehen, daß jeder andere als Helene Angst bekommen hätte, sie könnten sich mit einem Schwupps unter die Haare verfrachten. Helene bemerkte diese bedeutsam fragenden enormen Augenbogen nicht, denn sie betrachtete noch immer die Decke und wippte dabei mit dem Stuhle hin und her, daß der entzückte Kandidat ihren festen, schön geformten Fuß in durchbrochenen Strümpfen und Goldschläferschuhen zu bestaunen kriegte und darum die Augenbrauen überhaupt nicht mehr herunterbrachte.

„Um“, machte der Kandidat; es war aber ganz und gar ungewiß, ob dies weich modellierte „Um“ der Freude, „ein Objekt“ zu finden, entpurrung oder dem Entzücken über dies reizende Fräulein, das sich ihm entschleierte.

„Um?“ machte nun ihrerseits Helene. Es erschien ihr schwierig, mit Kandidaten umzugehen. Ob sie alle so ledern waren? Sie sah Herrn Kiefler plötzlich mit einer ganz unvermuteten Bewegung interessiert und vollständig indiscret ins Gesicht, daß seine Brauen mit einem Satz förmlich herausgerissen und seine Augen, von diesem köhnen Salto außer Fassung gebracht, sich hilflos senkten, während seine befommersprohnten Wangen sich langsam mit bläulicher Röte bedeckten und kleine Schweißperlen sich in Reihen auf der Stirne bildeten.

„Ha!“ dachte Helene; nun war ihr der Kandidat nicht mehr so ganz unverständlich.

„Ah“, sagte sie und machte ihm ein sühes Mäulchen, „oh, Sie dürfen sich hier nicht langweilen!“

„Werde ich nicht, gnädiges Fräulein,“ erwiderte er prompt und eifrig, „werde ich bei Gott nicht!“

Zur Befristung legte er seine lange Knochnige, von Sommerprossen und spärlichen roten Haaren bedeckte Hand auf seinen schwarzen Rock mit einer Gebärde, als suchte er zu ergründen, ob seine Uhr noch vorhanden sei.

Helene lächelte ihn noch immer an, doch redete sie nichts weiter. Er räusperte sich zweimal.

Endlich fiel es Helene ein, daß der Kandidat ja Peters wegen gekommen sei und daß man irgend jemand benachrichtigen könnte, Peter herbeizubringen. Diese Marotte der Mutter, daß sie, an Alwinens Stelle den Kandidaten empfangen und Peter vorstellen sollte!

„Damit wir den Zweck unseres Besammenseins nicht aus dem Auge lassen“, („unseres Besammenseins“ sagte sie) der Kandidat erröte wieder bläulich und — „Kandidaten färben ab, ich rede bereits wie er,“ dachte Helene erschrocken, „will ich nach Peter schicken!“

Zur Abwechslung drückte diesmal der Kandidat die Hand, die seinen besten Hut hielt, mit diesem an die Brust und startete in dieser Stellung der schönen Dame nach, die das Haupt mädchenhaft nach rückwärts geworfen, mit der Miene einer Fürstin und doch ganz Liebreiz und Mädchenhaftigkeit zur Klingel schritt. Alles rauschte an ihr, und das Herz des armen Kandidaten rauschte mit.

„Großer Gott, kann man so schön sein! Göttin sein, herniedergerstiegen, um Menschenherzen zu verwirren!“ lächelte der Kandidat bei sich. Seinen Schüler hatte er gänzlich vergessen und war verblüfft, plötzlich einen jungen Mann in einer gewissen kampfbereiten und zugleich nachlässigen Pose vor sich zu sehen.

Tina hatte durch die Türspalte den neuen Lehrer gesehen und Peter mit der rechten Hand, die sie blitzschnell hin und her drehte, eine so bezeichnende wortlose Kritik des neuen Präzeptors beigebracht, daß er ihm ein Schod von Vorurteilen entgegenbrachte.

„Hier Peter —“ das Ungetüm von Helene versuchte ihn gar bei der Hand zu nehmen, wie wenn er ein kleines Kind wäre — „hier der Herr Kandidat —“

„Kiefler“, sammelte dieser und sprang in einer Weise auf, wie wenn er in der Schule ausgerufen würde.

„Der Herr Kandidat Kiefler.“ Sie haßte wahrhaftig wieder nach seiner Hand.

„Ich bin vierzehn,“ sagte er barsch.

Der Kandidat machte einen kleinen Sprung zur Seite, sah dabei halb erstaunt und verwundert, halb überrascht und furchtam aus. Doch sagte er sich als Mann und Lehrer. Er hatte nicht umsonst Pädagogik gehört! Auch das Selbstbewußtsein kann eine große Tugend werden, wenn es in richtigen Grenzen gehalten und von einer starken Hand gezeugt wird. Ich freue mich, Peter, daß Sie es besitzen!

Peter tat einen blitzschnellen Seitenblick nach dem Kandidaten: „Steig mir den Buckel hinauf mit deinen Sprüchen,“ dachte er, „du bist die starke Hand nicht!“

„Aber,“ fuhr der Kandidat fort und bläute Helene dabei an, „aber es gibt noch andere Gefühle —“

Mit der Grausamkeit, die Kindern und ganz jungen Personen eigen ist, auf die alles Lächerliche unwiderstehlich wirkt, grinste Peter den eifrigen Kandidaten an, so daß er den Faden verlor und ein so hilfloses Gesicht machte, daß Helene höflich bat: „Bitte, sehen Sie sich doch, Herr Kandidat!“ und Peter plötzlich etwas wie Mittelst mit diesem langen sommerprossigen Menschen fühlte, (ob er wohl auf der Fußsohle auch Sommerprossen hatte? — es war anzunehmen!) und treuherzig, fröhlich sagte: „Wir wollen's probieren, Herr Kandidat!“

Erleichtert, wenn auch mit etwas präzeptoralem Timbre, klopfte ihm sein neuer Erzieher auf die Schulter: „Und es wird gelingen!“

„Er ist doch nicht so übel, Tina hat sich geirrt,“ meinte Peter bei sich und zwinkerte vergnügt. Er konnte ja sogar lachen und freundlich lachen! Er zeigte kein dräuendes Volkswerk gelber quadratischer Blöde dabei, sondern er hatte Zähne wie ein anderer Mensch, und noch dazu wunderschöne Zähne. Peters Wohlwollen wuchs. Brügel kriegte er von dem keine. Wenn's nur nicht zu langweilig wurde!

Helene bereute es, Herrn Kiefler vorzeitig noch einmal zum Sihen aufgefordert zu haben. Die Schwierigkeit bestand jetzt darin, ihn wieder in die Höhe zu bringen. Er sah krampfhast da, die Sandalen um die Quatorze-Stüchchen geschlungen, als wären Weißzange, Meißel und Hammer nötig, ihn davon wegzukriegen. Peter erwies sich als rettender Engel.

„Wann soll ich eigentlich die erste Stunde haben?“ meinte er schon ganz forlial.

„Ja, — wie die Herrschaften bestimmen.“

Peter gab einen fröhlichen Handschlag, so wie er als Kind etwa eine „schöne Patzhand“ gegeben. Der Kandidat wurde dadurch überraschend schnell, ohne Meißel, Hammer und Zange, von seinem Stuhle befreit, und die junge Dame sagte:

„Nach welcher Richtung gehen Sie, Herr Kandidat? — Was, gegen Haseberg? Das trifft sich ja brillant!“

„Hat die jetzt Ausdrücke!“ dachte Peter.

„Ich wollte eben einen Spaziergang machen, ich schließe mich an, wenn Sie erlauben.“

„Sehr verbunden, sehr liebenswürdig, sehr —“ der Kandidat scharrte auf dem Teppich herum, als wollte er mit aller Gewalt auf der Stelle, wo er stand, ein Loch hinein bringen, so schwer das auch scheinen mochte.

(Fortsetzung folgt.)

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde die Berliner Feuerwehr am Dienstag nachmittag nach der Kuglerstraße 152 alarmiert. Dort stand der Dachstuhl des Wohnhauses mit zahlreichem Bodenraum in solcher Ausdehnung in Flammen, daß die 5. Kompanie tüchtig mit Motorspritzen längere Zeit Wasser geben mußte. Die Entstehung ist nicht zu ermitteln.

Ein falscher Tod ist von der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht worden. Es handelt sich um einen Typen Wilhelm Behrends, der schon wiederholt die Strafbehörden beschuldigt. Behrends prahlte überall mit seinen guten Verbindungen, die er als Tode habe und ließ durchblicken, daß er als solcher auch „tothetere“ Tips habe. Die Wettlustigen suchten seine nähere Bekanntschaft und gaben ihm gern größere Beträge, wenn er sich bereit erklärte, diese für sie auf der Rennbahn anzulegen. Behrends steckte nämlich das Geld in seine Tasche und verbrauchte es für sich. Den Geschädigten erzählte er dann, daß sein Favorit geschlagen worden sei und es das ihm überlassene Geld und dazu sein eigenes verloren habe. Gestern gelang es nun, ihn in einem Hotel in der Gartenstraße, wo er unter falschem Namen wohnte, zu ermitteln und festzunehmen. Der Verhaftete ist auch dringend verdächtig, eine Handtasche mit 120 000 M. gestohlen zu haben.

Der schwere Raubüberfall in der Poststraße hat zu drei Verhaftungen geführt und führt seiner völligen Aufklärung entgegen. Es handelt sich um den Überfall auf das Dienstmädchen Dittmann in der Wohnung der Seidenhändlerin Rosjower in der Poststraße. Beamte des Raubdezernats der Kriminalpolizei gingen den Spuren der Verbrecher nach und dem Kriminalwachmeister Rosser ist es jetzt gelungen, zunächst ein Mädchen zu ermitteln, das bei dem Überfall beteiligt war. Dieses hatte die Gelegenheit erfahren und diese ihren Bekannten, Galtziern aus der Grenadierstraße, mitgeteilt.

Der Errichtung einer Gartenarbeitschule in Spandau kann leider zurzeit nicht nähergetreten werden, da die Berliner städtischen Körperschaften die hierfür im Etat vorgesehenen Mittel gestrichen haben. Die umlaufenden Gerüchte, daß für die Errichtung einer Gartenarbeitschule in Spandau 125 000 Mark zur Verfügung ständen, beruhen auf einem Irrtum; es lag nur ein entsprechender Antrag vor, er ist aber nicht zur Annahme gelangt.

Gewerkchaftliches

Die Unterbringung von Schwerverkriebsbeschädigten

Der Magistrat teilt mit: Nach der Verordnung vom 21. Juli 1921 (RGBl. S. 947) haben private Arbeitgeber auf 20 bis einschließlich 50 insgesamt vorhandene Arbeitnehmer ohne Unterschied des Geschlechts — wobei Lehrlinge und unfähige Beschäftigte einzubeziehen sind, — mindestens einen Schwerverkriebsbeschädigten und auf je weitere 50 Arbeitnehmer mindestens einen weiteren Schwerverkriebsbeschädigten zu beschäftigen; ein Ueberschuß von 20 wird dabei vollen 50 gleichgerechnet.

Bei der Berechnung dieser Zahlen werden mehrere Betriebe, Bureaus und Verwaltungen desselben Arbeitgebers insoweit zusammengerechnet, als sie sich im Bezirk der Stadtgemeinde Groß-Berlin oder in den angrenzenden Bezirken der Provinz Brandenburg befinden.

Die danach zur Beschäftigung Schwerverkriebsbeschädigter verpflichteten Arbeitgeber werden hiermit aufgefordert, im Interesse zweckmäßiger Unterbringung von Schwerverkriebsbeschädigten der Hauptfürsorgestelle der Stadt Berlin, Abteilung Vermittlungsstelle für Schwerverkriebsbeschädigte, C. 2, Burgstraße 8, bis zum 31. August 1921 zu melden:

- 1. Die Zahl der am 1. August 1921 insgesamt beschäftigten Arbeitnehmer;
2. die Zahl und genauen Personalien der darunter befindlichen Schwerverkriebsbeschädigten und
3. Wünsche für die Einstellung weiterer Schwerverkriebsbeschädigter, soweit im Tage der Meldung der Mindestverpflichtung nicht genügt ist oder darüber hinausgehend Schwerverkriebsbeschädigte beschäftigt werden können.

Vordruck zur Meldung können von der Vermittlungsstelle für Schwerverkriebsbeschädigte, C. 2, Burgstraße 8, angefordert werden.

Von der Meldepflicht befreit sind Arbeitgeber, die seit dem 1. April 1921 der Vermittlungsstelle für Schwerverkriebsbeschädigte bereits gemeldet haben, sofern sie am 1. August 1921 eine ausreichende Zahl von Schwerverkriebsbeschädigten entsprechend der Mindestverpflichtung beschäftigen.

Diese Aufforderung ergibt sich mit dem Hinweis, daß gemäß § 9 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerverkriebsbeschädigter vom 6. April 1920 (RGBl. S. 469) jeder Arbeitgeber zur Auskunftserteilung verpflichtet ist und bei vorsätzlichem oder grobfahrlässigem Verstoß durch Unterlassung oder bei Abgabe der geforderten Meldung auf Antrag der Hauptfürsorgestelle mit einer Buße bis zu 10 000 M. zu belegen ist. (§ 14 a. d. O.)

Gegen Arbeitgeber, die nach dem 1. September 1921 durch die Vermittlungsstelle für Schwerverkriebsbeschädigte erfaßt werden und diese Aufforderung nicht befolgt haben, wird unmissverständlich gemäß § 14 a. d. O. eingeschritten.

Die Vertretungen der Arbeitnehmer werden gemäß § 11 Absatz 1 des Gesetzes vom 6. April 1920 und des Betriebsratsgesetzes § 78 Ziffer 1 und 7 aufgefordert, ihre Arbeitgeber bei der Durchführung dieser gesetzlichen Vorschriften zu unterstützen.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission

Die seitlich abgedahlene Delegiertenversammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission nahm Stellung zu den am 21. und 28. August stattfindenden Wahlen zum einheitlichen Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Das Nationale Gewerkschafts-faktell Groß-Berlin (Nationalverband Deutscher Gewerkschaften) stellt zu den Wahlen zum Gewerbegericht eine nationale Arbeitnehmerliste auf. Genosse Flemming ging auf die Mahen-

schaften dieser nationalen Verbände ein, die der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerchaft bei jeder passenden Gelegenheit Knüppel zwischen die Beine werfen und ermahnte die zahlreich anwesenden Delegierten, dahin zu wirken, daß am Tage der Wahl eine wuchtige Stimmenzahl für uns aus den Wahlurnen herauszukäufen sei. Genau so sei unser Verhalten einzustellen bei den Kaufmannsgerichtswahlen, wo die nationalen Handlungsgehilfenverbände auf den Plan treten werden. Eine längere, teilweise erreichte Diskussion zeitigte die bekannten Vorgänge im Berliner Gewerkschaftshaus. Genosse Flemming gab an der Hand von Schilderungen in der letzten Plenarsitzung der Berliner Gewerkschaftskommission den Tatbestand bekannt, und knüpfte daran die Mahnung, daß man die Lügen, daß Gewerkschaftsbeamte den Arbeitssolten mit Eisenstäben und sonstigen Schlaginstrumenten entgegengetreten seien, ganz energisch zurückweisen müsse. Ein Redner der kommunistischen Richtung ist mit der Darstellung des Referenten nicht einverstanden, wenn er auch als Vexier der „Roten Fahne“ nicht alles glaubt, was diese schreibt. Seine Ausführungen erweckten einen Sturm der Entrüstung. Die Genossen Fränkel, Molitor, Heidrich, Griz und Hammer gingen noch in längeren Ausführungen auf die Sache ein und versprachen sich von den Arbeiten der eingeleiteten Untersuchungskommission das eine, daß der Wahrheit in dieser ganzen Angelegenheit zum Siege verholfen wird. Ueber die letzte stattgefundene Sitzung des Beirats für die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge gab Genosse Flemming noch einen kurz gedrängten Bericht.

Das Harburger System produktiver Erwerbslosenhilfe

In Harburg (Elbe) waren seit je die Bestrebungen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit besonders rege. Im Herbst 1920 wurde dann auf Betreiben des dortigen Ortsausschusses des DGB, eine produktive Erwerbslosenfürsorge unter Anspannung der gesamten Bürgerchaft der Stadt ins Leben gerufen. Der Gedanke war, die zur Durchführung der Aufgabe notwendigen Mittel nicht aus gelegentlichen Spenden und Sammlungen fließen zu lassen, sondern auf festnormierte laufende Leistungen aller Bevölkerungsschichten zu basieren. Dazu mußten natürlich Mittel aus der staatlichen und gemeindlichen Erwerbslosenfürsorge treten. Die industriellen Arbeitgeber und selbständigen Handwerker leisteten einen freiwilligen Beitrag von 1 Mark wöchentlich für jeden beschäftigten Arbeiter, der Großhandel 1 v. H. der vorausgehenden Gehaltssumme, der Kleinhandel je nach Umfang 20 bis 100 Mark monatlich, die Arbeiter zahlten bis 300 Mark Verdienst 1/4 v. H., über 300 Mark 1 v. H. der Lohnsumme, die Angestellten, Lehrer, Beamten und übrigen Kreise gleichfalls 1/4 bis 1 v. H. ihres Einkommens. Dazu traten freiwillige Beiträge. Weiter die durch Beschäftigung der Arbeitssolten ersparte Unterstützungssumme und ein Anteil der Stadt von 10 000 Mark wöchentlich. In der Zeit vom 15. September 1920 bis Ende April 1921, also in 7 1/2 Monaten, rund 1 700 000 Mark. Davon kamen an Beiträgen von den industriellen Arbeitgebern 462 600 Mark, Großhandel 43 000 Mark, Kleinhandel 62 700 Mark, Handwerker 18 200 Mark, Arbeiter und Arbeiterinnen 455 000 Mark, Angestellte 116 700 Mark, Erwerbslosenfürsorge 160 500 Mark, von der Stadt 320 000 Mark, sonstige Beiträge 63 500 Mark.

Die Einrichtung selbst bewährt sich außerordentlich gut. Bis Ende März war bereits 2150 Personen Gelegenheit zum Erwerb geboten worden. Neuerdings ist die Anlegung eines Staubedens in Angriff genommen worden. Gearbeitet wird täglich vier Stunden, um möglichst viele Arbeitssolte beschäftigen zu können. Der Lohn variiert je nach Alter und beträgt für über 20 Jahre alte Arbeiter 5 Mark die Stunde. Durch Akkordarbeit erhöht sich dieser um 2,20 Mark die Stunde.

Das Harburger System verdient die ernste Beachtung aller Kreise, die sich mit dem Problem der Erwerbslosenfürsorge beschäftigen. Was in Harburg (rund 70 000 Einwohner) geleistet ist, sollte auch an anderen Orten Ansporn sein, um durch Gemeinschaftshilfe den Erwerbslosen beizustehen.

Generalversammlung der Berliner Buchdrucker. Mit den Verhandlungen im Buchdruckgewerbe und ihrem Ergebnis beschäftigte sich am vergangenen Montag eine außerordentliche Generalversammlung der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.

Der Gauvorsitzende Massini gab den Bericht. Was die Siebenertkommission gebracht habe, sei in materieller Hinsicht nicht sehr erheblich, es habe aber andererseits eine größere moralische Bedeutung. Die Regelung betreffe nur die Monate August und September, dann fänden neue Verhandlungen statt. Lei denen die neuen Lebensmittelpreiserhöhungen berücksichtigt werden müßten. Nach lebhafter Debatte erklärte sich die Versammlung mit den Abmachungen einverstanden. Von dem Tarifauschuß wird verlangt, daß er im September den berechtigten Wünschen der Gehilfen unumwunden Rechnung trägt. — Zu dem Streik in der Kontobuchbranche vertrat Massini die Ansicht, die sich mit dem Standpunkt des Gauvorstandes deckt, daß sämtliche Buchdrucker jede Streikarbeit abzulehnen hätten. Zum Schluß stimmte die Versammlung einstimmig einer Resolution zu, in der der DGB aufgefordert wird, eine allgemeine Hilfsaktion für das hungernde Rußland einzuleiten.

Lohnverhandlungen der Berliner städtischen Arbeiter. Am Freitagabend haben die Betriebsräte und Funktionäre der städtischen Betriebe zu den am 31. August erfolgenden Ablauf des Lohntarifs Stellung genommen. Nach längerer Diskussion wurde mit großer Stimmenmehrheit die sofortige Kündigung des jetzigen Lohntarifs beschlossen. Wie das Lohntariff mitteilt, ist die Kündigung auf Grund dieses Beschlusses bereits erfolgt. Die Betriebe werden im Laufe dieser Woche zu den neuen Forderungen Stellung nehmen.

Die Wahlen zum Kaufmanns- und Gewerbegericht. Der Magistrat hat in der Sitzung vom 27. Juli 1921 den Beschluß gefaßt, daß beschäftigungslose Arbeitnehmer, die nicht länger als 26 Wochen ohne gewerbliche Tätigkeit sind, deswegen ihr Wahlrecht zu dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht nicht verlieren.

Die Erwerbslosenfürsorge der Stadt Berlin teilt mit, daß mit der Auszahlung der Sonderbeihilfe am Donnerstag, den

11. August 1921, gemäß den bereits bekanntgegebenen Richtlinien und Sähen begonnen wird.

Der Deutsche Eisenbahner-Verband ruft für den 6. und 7. August seinen erweiterten Vorstand zusammen, um zu der gegenwärtigen Lage bzw. zu einer Lohnbewegung des Eisenbahnerpersonals Stellung zu nehmen. Zum 9. August hat der D. E. V. die übrigen Eisenbahner-Organisationen zu einer gemeinsamen Aussprache über obige Angelegenheit zusammengerufen.

Parteiveranstaltungen

Mittwoch, 3. August

13. Verwaltungsbezirk, Abteilung Oberbismarckstr. Abends 7 1/2 Uhr Frauenabend bei Amberg, Wilhelmstraße 34. Vortrag d. Gen. Schifetz über die weibliche Seele. Große Willkommen.

14. Bezirk, Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderkassenkommission bei Jettowmann, Schützenstr. 103. Eröffnen aller Teilnehmerinnen dringend notwendig.

15. Verwaltungsbezirk (Friedrichsberg). Abends 7 Uhr bei Riechle, Ludowiger Str. 2, Sitzung der Jugendkommission. Tagesordnung: Kinderfest des Verwaltungsbezirks.

16. Verwaltungsbezirk, 17. Bezirk, Abends 7 Uhr Sitzung der Bezirksleitung mit Kindern und Abteilungsführern bei Dreife, Schönerbergstr. 18.

17. Verwaltungsbezirk (Wilmersdorf). Die Sitzung der kommunalen Kommission findet abends 7 Uhr im Lokal „Grüner Baum“, Berliner Allee, statt. Zu beteiligen müssen die Bezirksvereine erscheinen.

18. Verwaltungsbezirk, Kinderanlass nach Wilmersdorf, Wilmersdorf. Abends 7 1/2 Uhr, Panow, Nordbahnhof. Treffpunkt: für Panow-Klub bei Riechle, Reichestr. 16, vorm. 9 Uhr; für Panow-Geb. bei Riechle, Reichestr. 16, vorm. 9 Uhr; für Heinersdorf: 1/2 Uhr Schwanze Straße; für Kiebitz: 1/2 Uhr Kiebitz, Kiebitzstr. 1/2. Treffpunkt 1 M. Hauptnarrat und Singsang mitbringen.

19. Verwaltungsbezirk, Abends 6 1/2 Uhr bei Lauch, Domstr. 6, Ende Wendelstraße, Sitzung der Bezirksleitung, Genossen, welche mit der Bahn kommen, müssen in Heinersdorf aussteigen.

20. Verwaltungsbezirk, Parteibildungskommission. Abends 7 Uhr Sitzung im Bureau des Volksbildungsamtes Reichsstraße, Hauptstr. 4, Neues Verwaltungsgebäude, Zimmer 20. Das Eröffnen aller im Parteibildungsamte tätigen Genossen des Bezirks ist dringend erforderlich.

21. Bezirk (Wedding). Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Kraß, Ulmerstr. 21.

22. Bezirk, Genossinnen und Genossen, schick eure Kinder vom 4. bis 7. August von 2 bis 8 Uhr zum Kinderfest unseres Bezirksamtes nach dem Tiergarten.

23. U. S. P. 2. Straßensänger. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelwieser 14-15, Saal 1, Volksversammlung aller U. S. P. 2. Straßensänger. Mitgliedsbuch lenntieren.

24. U. S. P. 2. Genossenschafts- und Hilfsvereine. Abends 7 Uhr wichtige Besprechung über die Aufsichtsratswahlen bei Dahme, Schlegelstr. 9.

Freitag, 5. August

25. Verwaltungsbezirk (Tempelhof, Mariendorf, Mariensfeld und Lichtentzsch). Abends 7 Uhr Sitzung der Bezirksleitungskommission im Rathaus, Mariendorf, Zimmer 20.

26. Verwaltungsbezirk, Abends 7 1/2 Uhr gemeinschaftliche Sitzung der Bezirksleitungen sowie des gesamten Vorstandes von Stadt und Land bei Seipke, Kronprinzstr. 46.

27. Bezirk (Friedrichshagen). Abends 7 Uhr in der Schule, Kristianstr. 44, Zimmer 18, Sitzung sämtlicher Obleute der Agitationskommission und Frauenvereiner.

28. Bezirk, Abteilungsleiter der 1., 2., 4., 5. und 6. Abteilung, sowie die Bezirksleiter der 3. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr Abrechnung der Volkseisenarten bei Seipke, Kronprinzstr. 46.

29. Abends 7 1/2 Uhr bei Heber, Platanenstr. 11, Sitzung des Bezirksvorstandes. Die Abteilungsleiter müssen unbedingt zur Stelle sein. — Am Mittwoch nächster Woche finden Jubiläen statt.

Sonntag, 6. August

30. Verwaltungsbezirk, Abends 6 Uhr im „Lützowischen Joli“, Fontane, Breite Straße, Sitzung der kommunalen Kommission und sämtlicher Funktionäre des Bezirks. Jeder Ort muß vertreten sein.

Bereinskalender

Mittwoch, 3. August

1. Band der Kriegsgespr. Kriegsgesprungen, Section Neukölln. Abends 7 Uhr Verlesung bei Benthin, Kienstr. 46, Weddingstraße.

Donnerstag, 4. August

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Bezirk Groß-Berlin), Section 2. Abends 7 Uhr, Zentral-Halle, Alte Jakobstr. 22, allgemeine Mitgliedserversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom intern. Transportarbeiterkongress in Genf (1921); 2. Kolleg D. Litzmann; 3. Tätigkeitsbericht der Sectionen für das 2. Quart. 1921; 4. Diskussion; 5. Bericht vom intern. und Schiffsarbeiterkongress.

6. Abends 6 Uhr bei Seipke, Kronprinzstr. 46, Parteiverammlung. Bericht der Parteileitung. — Gruppe Bayern und Kapler. Nachm. 5 Uhr in der Schulaula Stollbergstr. 10, wichtige Gruppenversammlung. Tagesordnung: Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

7. Abends 7 Uhr Verlesung im Schulhaus, Neue Jakobstr. 10, Bericht der städtischen Arbeiter- und Bauern. Mitgliedserversammlung. Charlottenburg 3. Abends 7 1/2 Uhr, Deutsches Haus, Wilmersdorf, 23. Werbem. 1. Abends 7 1/2 Uhr, Kiebitz, Kiebitzstr. 1/2. Freitag: Abends 7 1/2 Uhr, Kiebitz, Kiebitzstr. 1/2. Wilmersdorf: Abends 7 1/2 Uhr, Kiebitz, Kiebitzstr. 1/2.

8. Deutscher Arbeiter-Verband. Versammlung aller Strohputzfrauen im Gewerkschaftshaus, Saal 5.

9. Arbeitervereine. Abends 7 1/2 Uhr Versammlung, Engelwieser 15 (Kehnausstr.)

10. Verband der Arbeitervereine (Gruppe Seidenstraße). Abends 7 1/2 Uhr findet in der Schulaula Kienstr. 10 eine außerordentliche Parteiverammlung der Seidenarbeiter statt. Mitgliedsbuch lenntieren.

11. Verband der Arbeitervereine (Gruppe der Tischlermeister, Metzger- und Eisenwarenindustrie). Nachm. 5 Uhr im Seiden-System, Weinmeisterstr. 16, gemeinsame Parteiverammlung mit den Kollegen des Seidenarbeiter-Verbandes.

Freitag, 5. August

Deutscher Arbeiter-Verband, Nachm. 5 Uhr Versammlung der Betriebsräte aller Branchen im Gewerkschaftshaus, Saal 3.

Geschäftliches

Die Kinderwerke der Söhne, allernähste Verkaufsstelle in Berlin, Chaussee 20-22, sollen erst eine Reihe besonders günstiger Angebote veröffentlichen. In der heutigen Anbahnung werden Herren, Junglinge und Knaben einfinden zu ungewöhnlich billigen Preisen teilhaben. Die Gültigkeit der Ankündigung ist kurz befristet und freibleibend.

Verantwortlich: Hr. Volkmann, H. Heintze, C. S. Dieckhoff, Berlin-Grünau; Hr. Kommandant, Volkmann und Gewerkschaftliches: Gerhart Seget, Wahlstr. 20 bei Berlin; für den Verleger: Hr. Dieckhoff, Charlottenburg; Ludwig Kommerling, Charlottenburg. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerz. G. m. b. H., Berlin G. L. Breite Straße 8-9.

Ein Buch für Eltern und Lehrer! Schulfaserne oder Gemeinschaftsschule Von Adolf Jensen und Wilhelm Lamszus (Zweite Auflage von „Die Faserne in Rot“). Ein neuer Weg zur literarischen Genesung unseres Volkes! Das Buch zeigt das Bild der neuen Schule gegen die alte. Es lenkt den Blick auf eine Schule der Schaffensfreude und stellt damit für die Mitbestimmung der Eltern in allen Fragen der Schulgestaltung ein Ziel auf. Die Schule soll die frohe Lebensstätte der Jugend sein, sie wird aus dem geistigen Streben der Kinder, Eltern und Lehrer hervorgehen, und das Buch will ein Stück dieses Weges bahnen helfen und ist Eltern und Lehrern in ihrem Wollen ein Führer. Preis 10.— Mark Gebunden 15.— Mark Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in allen „Freiheit“-Epeditionen oder direkt von der Verlagsgegenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H. Berlin G. L. Abt. Buchhandlung Breite Straße 8-9

Botenfrauen für Neukölln stellt sofort ein Spedition Krüger, Emser Straße 32 Meldungen vormittags 10-12 Uhr, nachmittags 3-6 Uhr

Gold-Silber-Platin Sachen und Bruch Quacksilber, Feldstüber kaufen zu hohem Kurs Ratzlaff & Zimmer, Linienstraße 93 Geld für jede Wertsache, höchste Ankaufspreise für Brandwein, Wein, Branntwein, Goldgegenstände, Tapeten, Bilder u. m. W. Wolff, Friedrichstr. 41, III. Eder-Straße. Wanderkarten für alle Gegenstände erhält man in der Buchhandlung „Freiheit“ Breite Straße 8-9.

Voranzeige G. Sinowjew Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale Bericht über die Tätigkeit der Exekutive, gegeben auf dem III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Moskau, Juni 1921. 107 Seiten Preis broschiert 1.50 Mk. geb. 6.— Mk. Zu beziehen durch: Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf., L. Cahnbley, Hamburg VIII und durch alle Buchhandlungen u. Auslieferungsstellen d. V. K. P. D.

Zeitungs-Austrägerinnen heißt sofort ein „Freiheit“-Ausgabestelle Kleinmarktgasse 23 Botenfrauen für Fruchtstraße, Madaistraße im Osten gesucht Zeitungspeidition „Freiheit“ R. Wengels, Cadiner Straße 11